

REPORT

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Report 160, Juni 2020

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REAKTION MILDERT CORONA-EINBRUCH: VERHALTENE ERHOLUNG IN SICHT

Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021

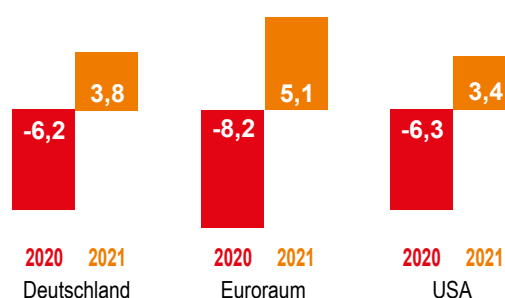
Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Thomas Theobald, Silke Tober, Sebastian Watzka

AUF EINEN BLICK

- Die Corona-Krise hat die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Im ersten Halbjahr 2020 ist die globale Wirtschaftsaktivität stark geschrumpft. Im Prognosezeitraum dürfte die weltwirtschaftliche Produktion mit Unterstützung der Geld- und Fiskalpolitik wieder spürbar ausgeweitet werden kann. Dennoch wird sich die wirtschaftliche Erholung nur allmählich vollziehen.
- Auch die deutsche Wirtschaft verzeichnete im ersten Halbjahr 2020 einen starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die wirtschaftspolitischen Akteure reagierten zügig mit Liquiditätshilfen und Nachfragestimuli und bannten so die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsbewegung. Unter der Annahme, dass Corona-Ausbrüche lokal begrenzt werden können, ist mit einem Rückgang des BIP um 6,2 % in diesem Jahr und einem Anstieg um 3,8 % im kommenden Jahr zu rechnen. Trotz der Stützungsmaßnahmen macht sich

die Corona-Krise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt zwar – wegen einer massiven Nutzung von Kurzarbeit – nur wenig, aber die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt nimmt infolge des Rückgangs bei den Selbstständigen und Mini-Jobbern in beiden Jahren ab. Die Arbeitslosenquote wird von 5,0 % im Jahr 2019 auf 6,3 % im Jahr 2021 steigen. Die Inflationsrate bleibt mit 0,5 % und 1,3 % in beiden Jahren deutlich unter der Zielinflationsrate der EZB.

BIP-Wachstum in %



PODCAST

Peter Hohlfeld zum Prognose-Update 2020/2021

<https://bit.ly/37umbqq>

INHALT

Gehemmte Aufwärtsentwicklung	3
Tiefpunkt der Krise überwunden	3
Umfangreiche geld- und fiskalpolitische Reaktion begrenzt Rezession	3
Hemmschuh Export- und Investitionsschwäche	4
Weltwirtschaft in tiefer Rezession	6
Chinesische Wirtschaft erholt sich zwar rasch, aber die konjunkturelle Dynamik bleibt verhalten	6
USA: Weiter Weg zum Vorkrisenniveau	7
Schwere Wirtschaftskrise im Euroraum	8
Mit Hilfspaketen gegen die Rezession	8
Deutschland	9
Außenhandel bricht dramatisch ein	9
Investitionen in Ausrüstungen von der Krise besonders betroffen	12
Baukonjunktur weiterhin robust	12
Privater Konsum bricht im ersten Halbjahr dramatisch ein	13
Niedrige Inflation mit vielen Sonderfaktoren	13
Fiskalpolitik setzt beispiellose Impulse	13
Corona-Krise trifft auch den Arbeitsmarkt	15
Datenanhang	18

AUTOREN



Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor
sebastian-dullien@boeckler.de



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleiter Arbeitsmarktökonomik
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Peter Hohlfeld
Referatsleiter Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
peter-hohlfeld@boeckler.de



Dr. Katja Rietzler
Referatsleiterin Steuer- und Finanzpolitik
katja-rietzler@boeckler.de



Dr. Sabine Stephan
Referatsleiterin Ökonometrie
sabine-stephan@boeckler.de



Dr. Thomas Theobald
Referatsleiter Finanzmärkte und Konjunktur
thomas-theobald@boeckler.de



Dr. Silke Tober
Referatsleiterin Geldpolitik
silke-tober@boeckler.de



PD Dr. Sebastian Watzka
Referatsleiter Europäische Konjunkturanalyse
sebastian-watzka@boeckler.de

GEHEMTE AUFWÄRTSENTWICKLUNG

Tiefpunkt der Krise überwunden

Zum Ende des Frühjahrsquartals mehren sich die Anzeichen, dass die deutsche Wirtschaft den Tiefpunkt der Corona-Krise überwunden hat. Nachdem bereits im ersten Quartal 2020 das Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,2% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen war, dürfte das BIP im Quartalsvergleich im Frühjahr zunächst noch einmal spürbar deutlicher geschrumpft sein. Im April 2020 lag die Produktion des Produzierenden Gewerbes mit einem Anteil an der Wertschöpfung von knapp 30% um 25,3% niedriger als ein Jahr zuvor, wobei die Produktion allein im April um knapp 20% gedrosselt wurde, in der Automobilindustrie sogar um rund 75%. Ähnlich dramatisch fiel der Umsatzrückgang im Gastgewerbe aus. Frühindikatoren deuten nun allerdings darauf hin, dass die Wirtschaft spätestens im Juni begonnen hat, sich von dem massiven Wirtschaftseinbruch in den Monaten März und April 2020 zu erholen. Diese Erholung wird sich in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen. Dennoch dürfte das BIP selbst Ende 2021 noch unter dem Niveau von Ende 2019 liegen, wobei vor allem die Exporte und die traditionell stark von den Exportaussichten geprägten Ausrüstungsinvestitionen bremsend wirken.

Die Krise erfasste Deutschland in Etappen, angefangen im Februar 2020 mit einem deutlichen Rückgang der Exporte nach China, dem drittgrößten Abnehmerland deutscher Produkte. Zwar nahm die deutsche Ausfuhr insgesamt im Februar 2020 im Vorjahresvergleich noch leicht zu, die Exporte nach China lagen aber bereits 8,9% niedriger. Im März folgte ein Einbruch der Nachfrage nach deutschen Produkten in wichtigen europäischen Abnehmerländern wie Frankreich und Italien, deren Wirtschaft aufgrund der Pandemie-Bekämpfung streckenweise nahezu vollständig zum Erliegen kam. Bis April verschärfte sich der Exporteinbruch auf insgesamt -31% gegenüber dem Vorjahresmonat mit Rückgängen um 48% nach Frankreich und Spanien sowie um 40% nach Italien.

Fehlende Vorprodukte aus diesen Ländern und die verordnete Schließung weiter Teile des Einzelhandels, des Gastgewerbes und zahlreicher anderer Dienstleistungsbetriebe ab Mitte März führten ebenfalls zu massiven Produktions- und Umsatzeinbußen und bremsten – verstärkt durch zunehmendes Arbeiten von zuhause und die verordnete physische Distanzierung – auch den Verkehr aus. Die eingeschränkten Konsummöglichkeiten gepaart mit einem deutlichen Anstieg der Sparquote führten bereits im ersten Quartal des Jahres trotz noch merklich steigender Einkommen zu einem kräftigen Rückgang der privaten Konsumausgaben (-3,2%).

Umfangreiche geld- und fiskalpolitische Reaktion begrenzt Rezession

Auf den sich abzeichnenden Produktionseinbruch reagierten die wirtschaftspolitischen Akteure zügig mit Liquiditätshilfen und Nachfragestimuli und bannten so die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsbewegung durch Angstsparen und Investitionsattentismus (Tabelle 1).

Tabelle 1

Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise im Jahr 2020

März	
12.03.	EZB: Erweiterung des geldpolitischen Wertpapierkaufprogramms um 120 Mrd. €, günstigere Konditionen und Erweiterung der längerfristigen Liquiditätsbereitstellung
13.03.	Bundesregierung: Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen - Steuerstundung, erweiterte Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben, Garantien
18.03.	EZB: Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) in Höhe von 750 Mrd. €
20.03.	EU-Kommission, Rat der EU: Aussetzung der Fiskalregeln (Ausweichklausel)
23.03.	Bundesregierung: 1. Nachtragshaushalt (156 Mrd. €) und Wirtschaftsstabilisierungsfonds (600 Mrd. €)
25.03.	Rat der EU: Neun Euroländer (BE, FR, IT, LU, ES, PT, GR, SI, IE) fordern den Europäischen Rat zur Einführung von Eurobonds auf
April	
02.04.	EU-Kommission: Ankündigung einer temporären Unterstützung von Kurzarbeit (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency, (SURE), 100 Mrd. €)
09.04.	Rat der EU: Kreditlinien des ESM (240 Mrd. €), Garantiefonds für Unternehmen der European Investmentbank (200 Mrd. €), SURE (100 Mrd. €)
30.04.	EZB: PEPP-Verlängerung, günstigere Konditionen langfristiger Refinanzierungsgeschäfte, neue Pandemie-Refinanzierungsgeschäfte (PELTROS)
Mai	
18.05.	Deutsch-französischer Vorschlag für einen Europäischen Aufbauplan (500 Mrd. €)
27.05.	EU-Kommission: Vorschlag für einen Europäischen Aufbauplan (750 Mrd. €), Kreditaufnahme der Kommission
Juni	
03.06.	Bundesregierung: Konjunkturpaket (130 Mrd. €), darunter: Mehrwertsteuersatzsenkung, Kinderbonus, Hilfen für Kommunen und Unternehmen
04.06.	EZB: Erhöhung der PEPP-Käufe um 600 Mrd. € auf 1.350 Mrd. €
Ende	Bundesregierung: 2. Nachtragshaushalt (Anhebung von 156 Mrd. € auf 218 Mrd. €) / 2. Corona-Steuerhilfegesetz
Juli	
1.7.	Bundesregierung: Deutschland übernimmt die rotierende EU-Ratspräsidentschaft
	Bundesregierung: vorübergehende Mehrwertsteuersatzsenkung im Rahmen des Konjunkturpakets auf 16 % (normal) und 5 % (reduziert)
Mitte	Rat der EU: Gipfel zum Europäischen Aufbauplan

Quelle: Zusammenstellung des IMK.

Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte bereits am 12. März ihre Wertpapierkäufe und legte dann sukzessive nach, insbesondere indem sie die Konditionen ihrer längerfristigen Kredite an die Banken verbesserte und ein Pandemie-Notfall-Kaufprogramm (PEPP) in Höhe von 750 Mrd. Euro startete, dessen Volumen Anfang Juni 2020 auf 1.350 Mrd. Euro erhöht wurde. Die flexible Ausgestaltung des Programms erlaubt es der EZB, nicht nur die Liquidität zu erhöhen und über das Laufzeit-spektrum hinweg zinsenkend zu wirken, sondern auch gezielt Vertrauensverlusten an den Finanzmärkten entgegen zu wirken, die sich in jüngster Zeit beispielsweise in deutlich erhöhten Risikoprämien auf italienische Staatsanleihen niedergeschlagen hatten. Die EZB wird die ausgeprägt expansive Ausrichtung der Geldpolitik bis zum Ende des Prognosezeitraums aufrechterhalten (Tabelle 2), mit der Folge sehr günstiger Finanzierungsbedingungen auch für den deutschen Staat, auf dessen neu ausgegebene Anleihen derzeit ein negativer Zins von 0,4% fällig wird, sodass er weniger Geld zurückzahlen muss, als er sich leiht.

Die Bundesregierung ergriff ebenfalls bereits in der ersten Märzhälfte die ersten Stützungsmaßnahmen, darunter auch ein erleichteter Zugang zu Kurzarbeitergeld, das sich bereits während der internationalen Finanzkrise als Stabilisierungsinstrument bewährt hatte. Ende März wurde zudem ein Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 156 Mrd. Euro verabschiedet, der unter anderem massiven Soforthilfen für Kleinunternehmer und

Soloselbständige enthielt. Das Anfang Juni 2020 beschlossene Konjunkturpaket geht schon deutlich über reine Nothilfen hinaus und zielt wie vielfach gefordert auf eine Belebung der Nachfrage mit klimapolitischen Akzenten (Bach et al. 2020). Zwar hätten die 20 Mrd. Euro, die die temporäre Mehrwertsteuersenkung kostet, effektiver eingesetzt werden und die klimapolitischen Investitionen höher ausfallen müssen, aber insgesamt geht in diesem und im kommenden Jahr ein nennenswerter Impuls auf den Konsum und die Investitionen aus.

Hemmschuh Export- und Investitionsschwäche

Vor diesem Hintergrund dürfte der private Konsum nach einem erneuten und schärferen Einbruch im zweiten Quartal 2020 in der zweiten Jahreshälfte so deutlich ausgeweitet werden, dass die Verluste nahezu kompensiert werden. Es dämpfen zwar die Einkommensverluste und die im Vergleich zu 2019 noch erhöhte Sparquote, aber dem wirken Vorzieheffekte als Reaktion auf die Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung Anfang 2021 entgegen. Im kommenden Jahr gibt es einen entsprechenden Rückprall im ersten Quartal, der nur zum Teil durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags und die Einführung einer Grundrente abgefedert wird. Insgesamt nimmt der private Konsum 2021 um 4,7% zu, nach einem Rückgang um 4,8% 2020. Demgegenüber ist weder bei den Exporten noch bei den Ausrüstungsinvestitionen eine V-förmige Erholung zu erwarten. Nach einem Exporteinbruch um 12% in diesem Jahr nehmen die Exporte im kommenden Jahr nur um 4,1% zu, die Ausrüstungsinvestitionen steigen nach einem Rückgang um 18,6% 2020 lediglich um 7,7% 2021.

Vor diesem Hintergrund und unter der Annahme, dass Corona-Ausbrüche lokal begrenzt werden können, ist mit einem Rückgang des BIP um 6,2% in diesem Jahr und einem Anstieg um 3,8% im kommenden Jahr zu rechnen (Tabellen 3 und 4).

Trotz der weitreichenden Stützungsmaßnahmen macht sich die Corona-Krise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt zwar – insbesondere wegen einer massiven Nutzung von Kurzarbeit – nur wenig, aber die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt nimmt infolge des Rückgangs bei den Selbstständigen und Mini-Jobbern in beiden Jahren ab und die Arbeitslosenquote wird von 5,0% im Jahr 2019 auf 6,3% im Jahr 2021 steigen. Die Inflationsrate bleibt mit 0,5% und 1,3% in beiden Jahren deutlich unter der Zielinflationsrate der EZB, obwohl die Rohstoffpreise im Jahr 2021 leicht anziehen, die Mehrwertsteuer wieder erhöht und eine CO₂-Bepreisung von 25 Euro pro Tonne im Bereich Verkehr und Gebäuden eingeführt wird.

Die Prognose unterliegt erheblichen Risiken, die allerdings anders als in der Frühjahrsprognose des IMK nicht mehr einseitig nach unten gerichtet sind.

Tabelle 2

Rahmendaten der Prognose

Jahresdurchschnittswerte

	2019	2020	2021
Dreimonats-Euribor (%)	-0,4	-0,4	-0,4
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%) ¹	0,4	0,2	0,2
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	2,1	1,1	1,2
Wechselkurs (USD/EUR)	1,12	1,12	1,15
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 38 Ländern) ²	91,5	92,3	93,3
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ²	89,1	90,0	90,7
Tarifindex (Destatis, je Stunde) (% gg. Vorjahr)	3,2	1,9	2,1
Ölpreis (Brent, USD)	64	37	40

1 Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland; BIP-gewichtet.

2 Sinkende Werte des Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; EIA; Federal Reserve; Statistisches Bundesamt; ab 2020 Prognose des IMK.



Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,6	-4,8	4,7
Staatskonsum	1,4	2,7	2,2	2,3
Ausrüstungsinvestitionen	4,4	0,6	-18,6	7,7
Bauinvestitionen	2,5	3,8	3,5	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,7	0,1	2,7
Exporte	2,1	1,0	-12,0	4,1
Importe	3,6	2,5	-10,4	6,5
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,6	-6,2	3,8
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	2,0	1,5
Konsumausgaben ²	1,5	1,3	0,5	1,0
Importe	1,8	-0,1	-2,5	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Verbraucherpreise (VPI)	1,8	1,4	0,5	1,3
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	4,5	4,4	-1,7	3,7
Gewinne ³	-0,5	-2,7	-13,1	8,5
Volkseinkommen	3,0	2,3	-5,0	5,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Tariflöhne (Stundenbasis)	2,9	3,2	1,9	2,1
Effektivverdienste (Stundenbasis)	3,0	3,2	3,8	2,1
Lohndrift	0,2	0,0	1,9	0,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,2	-2,1	3,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,1	-1,2	4,0
Entstehung				
Erwerbstätige	1,4	0,9	-1,0	-0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,1	-0,3	-4,2	2,3
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	-5,2	2,0
Produktivität (je Stunde)	0,3	0,0	-1,0	1,8
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	0,6	-6,2	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	1.468	1.374	1.872	1.998
Erwerbslosenquote ⁵ , in %	3,2	3,0	4,0	4,3
Arbeitslose ⁶ , in 1000	2.340	2.267	2.764	2.898
Arbeitslosenquote ⁷ , in %	5,2	5,0	6,0	6,3
Lohnstückkosten (je Stunde)	2,5	3,3	4,5	-0,3
Budgetsaldo, in % des BIP	1,9	1,5	-6,0	-3,0

1 Preisbereinigt.

2 Private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

4 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

5 In % der inländischen Erwerbspersonen.

6 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

7 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2020 Prognose des IMK.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung, die deutlich expansivere Geldpolitik der EZB und die absehbare gemeinsame Kreditaufnahme der EU-Staaten in Gestalt der EU-Kommission zur Finanzierung des Europäischen Aufbaufonds wirken stabilisierend und könnten eine etwas stärkere Erholung auslösen als hier erwartet. Gerade im übrigen Euroraum wäre eine kräftigere Aufwärtsentwicklung als hier angelegt erforderlich, um den Anstieg der vor der aktuellen Krise bereits hohen Arbeitslosigkeit zu begrenzen. Eine dynamischere Entwicklung wäre zudem nicht nur wichtig für die EZB, die sich seit Jahren mit einer zu niedrigen Inflationsrate konfrontiert sieht, sondern auch für Deutschland, da die deutsche Industrie stark auf technische Anlagen, Maschinenbau und Fahrzeuge spezialisiert ist, die überwiegend für den Export produziert werden. Das Eintreten der Aufwärtsrisiken würde in der aktuellen Situation nicht zu einer konjunkturellen Überhitzung führen. Es wäre aus makroökonomischer Sicht nur positiv zu beurteilen und würde es den Ländern auch erleichtern, die im Zuge der Krise stark gestiegenen Staatsschulden zu schultern.

Demgegenüber sind die Abwärtsrisiken, insbesondere eine schwächere weltwirtschaftliche Entwicklung und ein noch stärker ausgeprägter Investitionsattentismus, mit erheblichen Wohlfahrtsverlusten sowie Wirtschafts- und Finanzmarktinstabilität verbunden. Aus diesem Grund sollte die Bundesregierung spätestens im kommenden Jahr weitere Maßnahmen ergreifen, die nachfragegesteigernd wirken, zugleich aber einen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leisten und darauf zielen, dass die deutsche Industrie auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Produktion innovativer Produkte spielt.

Tabelle 4

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	0,2	0,0	2,1
Jahresverlaufsrate ²	0,4	-4,6	3,0
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, arbeitstäglich bereinigt	0,6	-6,6	3,8
Kalendereffekt ³	0,0	0,4	0,0
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate	0,6	-6,2	3,8

1 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Durchschnitt aller Quartale des Vorjahres.

2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.

3 In % des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK, ab 2020 Prognose des IMK.



In Frage kommen dabei ein stärkeres Vorziehen öffentlicher Investitionen, die Förderung privater ökologisch transformativer Investitionen und eine auf zukunftsfähige Berufe gerichtete Ausbildungsförderung.

WELTWIRTSCHAFT IN TIEFER REZSSION

Die Covid-19-Pandemie hat die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Schon im ersten Quartal 2020 ist das weltweite BIP kaufkraftbereinigt um gut 3% zurückgegangen. Das Virus hatte sich im Januar und Februar zunächst vor allem in der chinesischen Provinz Hubei ausgebreitet. Ab März schnellten dann auch in Europa und in den USA die Infektionszahlen in die Höhe und Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die zu Konsumzurückhaltung und Produktionsstillständen führten, blieben vielerorts bis Ende Mai in Kraft. Die Eindämmungsmaßnahmen reichen von Reisebeschränkungen, der Beschränkung des Angebots von Dienstleistungen, Handel und Gastronomie bis hin zu kompletten Ausgangssperren. Volkswirtschaften mit einem hohen Wertschöpfungsanteil des Tourismus sind besonders betroffen. Zudem zieht der durch die weltweite Nachfrageschwäche ausgelöste Rohstoffpreisverfall die Wachstumsdynamik in den rohstoffexportierenden Ländern in Mitleidenschaft. Die globale Wirtschaftsaktivität dürfte im April den Tiefpunkt durchlaufen haben und im zweiten Quartal um insgesamt rund 9% gegenüber dem Vorquartal schrumpfen.

Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Entwicklung der Pandemie in der zweiten Jahreshälfte keine generelle Eindämmungspolitik mehr auslöst und dass die weltwirtschaftliche Produktion mit Unterstützung der Geld- und Fiskalpolitik wieder spürbar ausgeweitet werden kann. Dennoch wird sich die wirtschaftliche Erholung nach dem massiven Corona-Schock nur allmählich vollziehen, sodass das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsaktivität in den meisten Regionen erst nach Ende des Prognosezeitraums erreicht wird. Ursächlich hierfür sind vor allem nachfrageseitige Faktoren, da viele Haushalte im Fall von Entlassung und Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen und daher ihren Konsum einschränken. Zudem führt schon die Möglichkeit zweiter Ausbreitungswellen des Virus zu einer gestiegenen Verunsicherung, sodass sowohl Verbraucher Konsum- als auch Unternehmen Investitionsausgaben aufschieben. Alles in allem sinkt das Welt-BIP 2020 um 3,5% und damit erheblich stärker als in der Finanzkrise (2009: -0,1%). Im Jahr 2021 expandiert die globale Produktion wieder, und zwar um 5% (Tabelle 5, Abbildung A-D).

Chinesische Wirtschaft erholt sich zwar rasch, aber die konjunkturelle Dynamik bleibt verhalten

Die chinesische Wirtschaftsleistung ist im ersten Quartal 2020 um knapp 10% gesunken. Der private Verbrauch trug hierzu fast zwei Drittel bei; den

Tabelle 5

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Export-anteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa							
EU	58,6	1,5	-7,5	5,9	1,5	0,9	1,0
Euroraum	37,1	1,2	-8,2	5,1	1,2	0,2	0,9
UK	6,0	1,4	-7,2	4,5	1,3	1,4	0,8
Schweiz	4,3	0,9	-5,1	4,4	0,1	0,4	1,2
Russland	2,0	1,3	-4,9	2,6	4,5	4,2	5,3
Türkei	1,5	0,9	-3,9	3,5	15,2	11,3	8,3
Asien							
China	7,2	6,2	0,2	8,0	3,1	1,9	3,2
Japan	1,6	0,7	-4,4	2,5	0,3	0,1	0,8
Südkorea	1,3	2,1	-0,8	3,9	0,4	-0,3	1,2
Indien	0,9	4,9	-0,5	6,6	4,4	1,3	3,4
Amerika							
USA	9,0	2,3	-6,3	3,4	1,4	0,7	1,1
Kanada	0,9	1,7	-6,8	3,9	1,6	0,9	1,6
Mexiko	1,0	-0,1	-4,6	4,0	3,6	6,7	3,7
Brasilien	0,8	1,1	-7,0	6,3	3,7	3,0	8,0
Summe	88,8						
		Welthandel			Welt BIP ³		
		2,1	-8,0	6,5	2,9	-3,5	5,0

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2019 in %.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.

3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2011).

verbleibenden negativen Impuls lieferten Investitionen und Nettoexporte zu gleichen Teilen. Monatliche Daten der Einkaufsmanagerindizes, der Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsätze sind seit Februar zwar allesamt wieder gestiegen; die Erholung fällt aber je nach betrachtetem Indikator stark unterschiedlich aus. Die Industrieproduktion im Mai – und der noch stärker gestiegene Einkaufsmanagerindex – lassen darauf schließen, dass die Unternehmen nicht mehr weit entfernt von dem Auslastungsgrad vor dem Pandemieausbruch operieren. Bei den Einzelhandelsumsätzen fehlen dagegen noch gut 3% zum Erreichen des Niveaus im Vorjahresmonat.

Auch wenn angebotsseitige Störungen weitgehend behoben werden, dürfte die konjunkturelle Dynamik in China im Prognosezeitraum verhalten bleiben. Ursächlich hierfür sind neben dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld belastende Faktoren für die Einkommen und den Konsum der Haushalte. Die Arbeitslosenquote, die nur für Städte und umfragebasiert auf Monatsbasis vorliegt, ist im Februar deutlich angestiegen und hat sich bis Mai nicht nennenswert verringert. Neben den Lohneinkommen dürften auch die Gewinn- und Vermögenseinkommen deutliche Einbußen aufgrund der schon seit Jahresbeginn rückläufigen Produzentenpreise verzeichnen. Zudem wirken regionale Ausbruchswellen des Corona-Virus, wie derjenige Mitte Juni in Beijing, verunsichernd auf das Konsumentenvertrauen. Während die Geldpolitik mit Senkungen von Zins- und Mindestreservesätzen entschlossen reagierte, fällt der geschätzte fiskalpolitische Impuls in Höhe von 4,1% des BIP bisher deutlich geringer aus als im Zuge der globalen Finanzkrise 2008. Den damaligen Stimulus beziffert die International Labour Organization auf 12,7% des BIP (ILO 2011). Alles in allem wird das chinesische BIP im Jahresdurchschnitt 2020 um 0,2% und 2021 um 8,0% zunehmen. Die Jahresverlaufsrates, die die abgeschwächte konjunkturelle Dynamik besser widerspiegelt, liegt 2020 bei 3,7% und 2021 nur wenig höher bei 4,1% (Tabelle 5, Abbildung B).

USA: Weiter Weg zum Vorkrisenniveau

Die US-Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal 2020 um 1,3%. Der Hauptteil des Wachstumsrückgangs lässt sich auf den privaten Verbrauch zurückführen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen lieferten einen negativen Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,3%, während der Außenbeitrag positiv wirkte. Im Zuge der Eindämmungsmaßnahmen kam die Geschäftstätigkeit in einzelnen Sektoren, wie dem für Unterhaltung, fast vollständig zum Erliegen. Manche Bundesstaaten erließen zudem Ausgangsbeschränkungen. Die Maßnahmen haben hauptsächlich im April und Mai zu einem drastischen Konjunkturabschwung geführt. Im zweiten

Quartal dürfte die Produktion in den USA daher um rund 12% zurückgegangen sein (GDPNow 2020).

Im April verloren 20 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz – in keinem Monat während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war der Anstieg so ausgeprägt. Die Arbeitslosenquote stieg sprunghaft von 4,4% auf 14,7%. Mit den ersten Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen ging sie im Mai wieder leicht zurück auf 13,3%. Trotz der entschlossenen Maßnahmen seitens der Wirtschaftspolitik wird es einige Jahre dauern, bis sich die Arbeitslosigkeit wieder auf das Niveau vor dem Pandemieausbruch reduziert hat. Die höhere Arbeitslosenquote wird die Kaufkraft der Haushalte während des gesamten Prognosezeitraums dämpfen, auch wenn der Preisauftrieb niedrig bleibt. Das schwächt den privaten Konsum. Auch die Investitionen dürften sich nur allmählich erholen. Im Energiesektor etwa führte der Einbruch der Ölpreise im April dazu, dass die Bohrtätigkeit in den USA um 50% zurückging. Erweiterungsinvestitionen in diesem Bereich, die in der Vergangenheit die Investitionsdynamik anregten, werden im Prognosezeitraum ausbleiben.

Die Geld- und Fiskalpolitik reagierte zwar bisher durchaus kraftvoll; angesichts der Größe des Covid-19-Schocks dürften aber weitere Impulse unerlässlich sein. Die Federal Reserve senkte die Zinssätze seit Februar 2020 um einen Prozentpunkt und nahm ihr (unbegrenzt) Wertpapierankaufprogramm wieder auf. Um Kreditbeschränkungen entgegenzuwirken und Liquidität zur Verfügung zu stellen, wurden mehrere neue Fazilitäten eingeführt, unter anderem das Main Street Lending Program, bei dem eine von der Zentralbank gegründete Zweckgesellschaft gezielt Kredite kleinerer und mittlerer Unternehmen aufkauft. Fiskalpolitisch sichern vor allem Einmalzahlungen und höhere Zahlungen der Arbeitslosenversicherung die verfügbaren Haushaltseinkommen. Ohne politische Einigung zwischen den beiden Kongresskammern laufen die höheren Arbeitslosengelder aber Ende Juli aus. Das bisherige Konjunkturpaket beläuft sich insgesamt auf rund 2300 Mrd. US-Dollar (12% des BIP). Es umfasst zudem zusätzliche Gesundheitsausgaben, Zuschüsse für Kleinunternehmen mit Liquiditätsengpässen sowie Kredite und Eigenmittel für in Finanznot geratene Branchen, wie Fluggesellschaften.

Alles in allem wird das US-BIP 2020 um 6,3% zurückgehen und 2021 um 3,4% zunehmen (Tabelle 5, Abbildung A).

SCHWERE WIRTSCHAFTSKRISE IM EURORAUM

Die Corona-Krise hat auch den Euroraum in eine schwere Rezession gestürzt. Im ersten Quartal dieses Jahres ging das BIP bereits um 3,6% zurück, der bisher größte wirtschaftliche Einbruch in der Geschichte der Währungsunion. Besonders stark dazu beigetragen hat mit -2,5 Prozentpunkten der stark rückläufige private Konsum. Im zweiten Quartal wird das BIP um weitere 12% einbrechen, hauptsächlich bedingt durch die langen Ausgangssperren in den meisten Ländern. In der zweiten Jahreshälfte setzt dann eine moderate wirtschaftliche Erholung ein. Insgesamt wird das BIP im Euroraum in diesem Jahr um mehr als 8% sinken und damit doppelt so stark wie in der Finanzkrise 2008. Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit noch 7,3% (April), dürfte aber in der zweiten Jahreshälfte bis auf fast 12% steigen. Im nächsten Jahr wird das BIP dann bei anhaltender wirtschaftlicher Erholung wieder um etwa 5% wachsen und die Arbeitslosenquote auf unter 9% zurückgehen (Tabelle 6).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum ist neben Deutschland vor allem durch die großen Volkswirtschaften Frankreich, Italien und Spanien geprägt. Infolge der durch die Corona-Krise ergriffenen drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und der globalen Rezession stürzten das französische, italienische und spanische BIP im ersten Quartal regelrecht ab. Der Rückgang des französischen und des italienischen BIP betrug jeweils 5,3%, der des spanischen BIP 5,2%. Getrieben wurde der wirtschaftliche Einbruch vor allem durch den Rückgang im privaten Konsum. Im zweiten Quartal dürfte sich die Entwicklung deutlich verschärft haben (Rückgang des jeweiligen BIP 10-12%).

Die Krise macht sich zunehmend auf den jeweiligen Arbeitsmärkten bemerkbar. Die Arbeitslosenquoten Frankreichs und Spaniens stiegen seit Jahresbeginn bereits um jeweils etwa einen Prozentpunkt auf 8,7% (Frankreich) bzw. 14,8% (Spanien) im April an.¹

Mit Hilfspaketen gegen die Rezession

Neben mittelbaren Maßnahmen wie Kreditgarantien und Steuerstundungen für Unternehmen haben die europäischen Regierungen auch unmittelbare

¹ In Italien ist zwar die von Eurostat (ILO-Konzept) ausgewiesene Arbeitslosenquote trotz der Krise um ungewöhnlich starke 3,3 Prozentpunkte auf 6,3% im April gefallen. Allerdings ist auf einen ungewöhnlich hohen Rückgang der Anzahl Arbeitssuchender infolge der Ausgangsbeschränkungen durch die Corona-Pandemie begründet. Insofern scheint es hier eine Diskrepanz zwischen der Anzahl registrierter Arbeitsloser und der nach ILO-Definition gemessenen Anzahl an Arbeitslosen zu geben (Eurostat 2020a, b).

Tabelle 6

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger europäischer Handelspartner Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt ¹			Konsumentenpreise ²		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Deutschland	0,6	-6,6	3,8	1,4	0,4	1,4
Frankreich	1,5	-9,2	5,4	1,3	0,6	0,7
Italien	0,3	-9,0	5,2	0,6	-0,3	0,6
Spanien	2,0	-9,1	7,4	0,8	0,1	0,5
Niederlande	1,8	-6,5	5,9	2,7	0,2	0,3
Belgien	1,4	-8,4	6,5	1,3	0,6	0,7
Österreich	1,5	-7,0	4,3	1,5	1,2	1,2
Euroraum	1,2	-8,2	5,1	1,2	0,2	0,9
EU	1,5	-7,5	5,9	1,5	0,9	1,0
	Arbeitslosenquote			Leistungsbilanzsaldo ³		
Euroraum	7,5	10,1	8,8	3,0	3,4	3,1
EU	6,3	9,7	8,0			

¹ Saison- und kalenderbereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ In % des BIP.

Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



telbar wirksame fiskalische Maßnahmen ergriffen, um ihre Volkswirtschaften zu stabilisieren. Im Wesentlichen sind dies Maßnahmen zur Unterstützung des Gesundheitssektors, zur Beschäftigungssicherung, zur Armutsvermeidung und zur allgemeinen konjunkturellen Stabilisierung.

Die französische Regierung hat insgesamt 88 Mrd. Euro (3,6% des BIP im Jahr 2019) zur Verfügung gestellt, die größtenteils in diesem Jahr nachfragewirksam werden sollten (Anderson et al. 2020). Die italienische Regierung hat mit zwei Programmen („Cura Italia“ vom 17. März und „Relaunch“ vom 15. Mai) insgesamt 80 Mrd. Euro (4,6% des BIP im Jahr 2019) zur Stützung angekündigt, die ebenfalls größtenteils dieses Jahr nachfragewirksam werden sollten (IWF 2020). Die spanische Regierung hat zur sofortigen Stabilisierung bislang 36 Mrd. Euro (3% des BIP im Jahr 2019) angekündigt (IWF 2020). Schließlich wird derzeit über einen europäischen Aufbaufonds diskutiert, der Zuwendungen und Kredite in Höhe von 750 Mrd. Euro (4,7% des EU-BIP im Jahr 2019) in den nächsten Jahren bereitstellen könnte (Europäische Kommission 2020).

Trotz dieser Maßnahmen werden die französische, die italienische und die spanische Wirtschaft in diesem Jahr um jeweils etwa 9% schrumpfen. Auch die kleineren Volkswirtschaften des Euroraums werden historische Rückgänge ihres BIP

zu verzeichnen haben. Bedingt durch die schwere Rezession und die stark rückläufigen Preise für Energie werden die Inflationsraten von ihren bereits niedrigen Werten weiter zurückgehen. Ab dem dritten Quartal wird – bei Ausbleiben einer zweiten Welle der Pandemie – eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Das französische und das italienische BIP werden im nächsten Jahr dann um jeweils gut 5%, das spanische BIP um 7% zunehmen (Tabelle 6).

DEUTSCHLAND

Außenhandel bricht dramatisch ein

Die Entwicklung des Außenhandels steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie, die nach und nach alle Regionen der Welt erfasst und dort die jeweiligen Volkswirtschaften und das öffentliche Leben lahmlegt. Bereits im ersten Quartal 2020 gingen die deutschen Exporte merklich zurück (Abbildung 1 und 2). Maßgeblich hierfür waren zum einen die Produktionsunterbrechungen sowie der Nachfrageausfall in China in Folge des Lockdowns, den die chinesische Regierung in einzelnen Provinzen verhängte, um die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen. Zum anderen führte die weitgehende Stilllegung der italienischen Wirtschaft, die in Europa als erste von der Coronapandemie betroffen war, bereits nach kurzer Zeit zu Produktions- und Lieferunterbrechungen in den europäischen Produktionsnetzwerken, insbesondere in der Automobilindustrie. Diese Situation hat sich zu Beginn des zweiten Quartals drastisch verschärft als sich praktisch die gesamte europäische sowie die US-amerikanische Wirtschaft im Shutdown befand. Alles zusammen führte dazu, dass im April die deutschen Warenexporte um mehr als 30% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat einbrachen. Das ist exportseitig der größte Rückgang eines Monats im Vorjahresvergleich seit Beginn der Außenhandelsstatistik 1950. Auch wenn die Produktion in Europa allmählich wieder hochgefahren wird, ist für das zweite Quartal von einem historisch starken Einbruch der deutschen Exporte auszugehen. In der zweiten Hälfte dieses Jahres kommt es dann zu einer kräftigen Gegenbewegung, weil sich das öffentliche Leben und die Produktion im In- und Ausland soweit normalisiert haben werden, sodass private Haushalte und Unternehmen ihre bis dahin aufgeschobenen Konsum- und Investitionswünsche teilweise nachholen können. Im kommenden Jahr werden die Exporte dann im Zuge der konjunkturellen Erholung auf den wichtigen Absatzmärkten in Europa, den USA und Asien moderat expandieren. Alles in allem werden

die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen 2020 im Jahresdurchschnitt preisbereinigt um 12% einbrechen; im nächsten Jahr werden sie dann wieder zunehmen und zwar um 4,1%. Anders als seinerzeit in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird der Exportrückgang diesmal nicht wieder schnell aufgeholt. Vielmehr werden die Ausfuhren am Ende des Prognosezeitraums noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus liegen.

Die Entwicklung der Importe wird in diesem Jahr von dem heftigen Einbruch der Nachfrageaggregate Konsum, Ausfuhr und Investitionen in der ersten Jahreshälfte und der anschließenden kräftigen Gegenbewegung in der zweiten Jahreshälfte bestimmt. Im weiteren Prognosezeitraum werden sie dann entsprechend der Erholung der deutschen Wirtschaft moderat expandieren. Insgesamt werden die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr im Durchschnitt preisbereinigt um 10,4% sinken; im nächsten Jahr werden sie dann wieder steigen und zwar um 6,5%.

In diesem Jahr wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP stark negativ sein (-1,4 Prozentpunkte); im kommenden Jahr fällt der weiterhin negative Wachstumsbeitrag dann etwas geringer aus (-0,8 Prozentpunkte) (Tabelle 7).

Tabelle 7

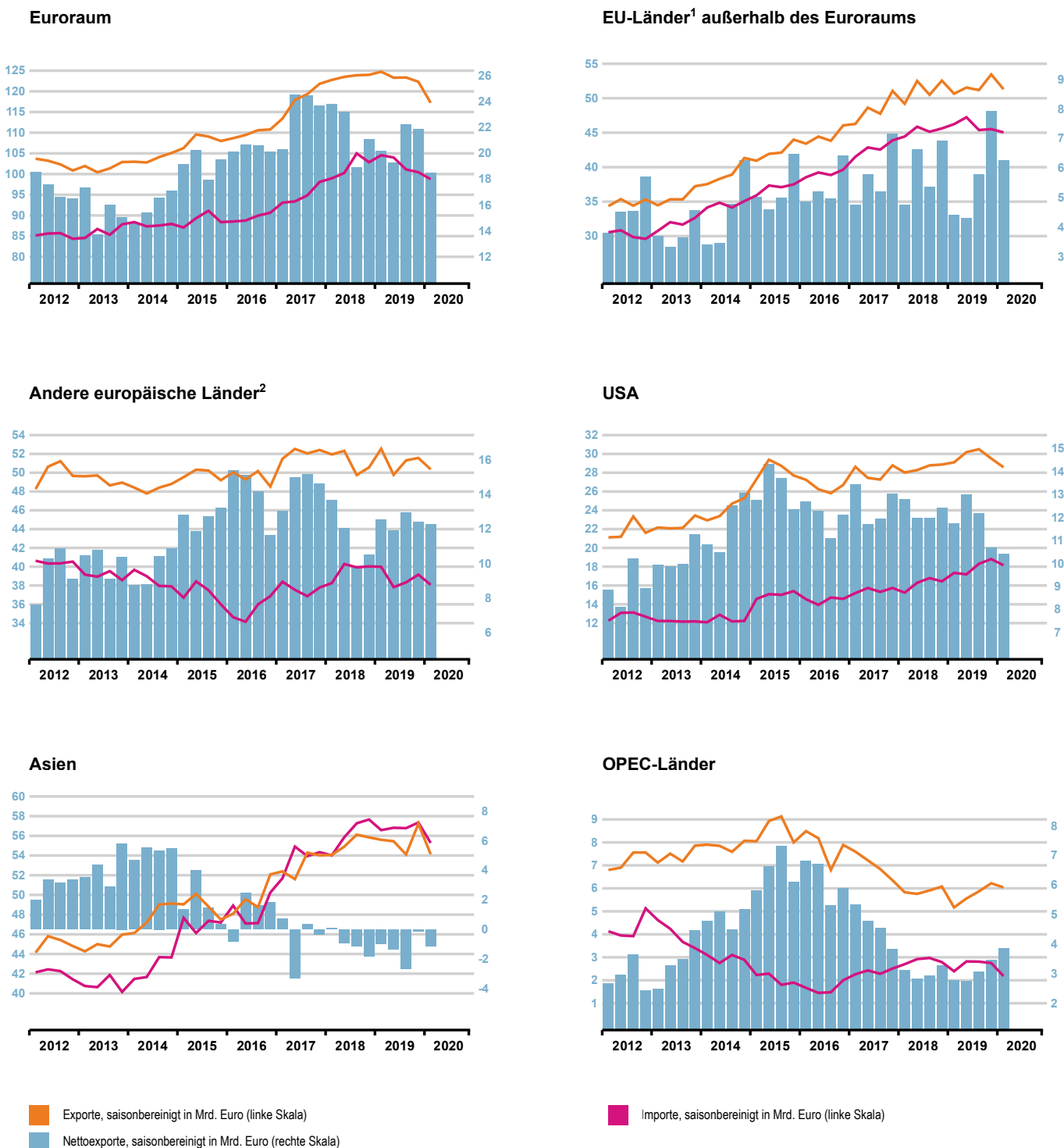
Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹ in Deutschland in Prozentpunkten

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt ²	0,6	-6,2	3,8
Inlandsnachfrage	1,1	-4,8	4,6
Konsumausgaben	1,4	-2,1	2,9
Private Haushalte	0,8	-2,6	2,4
Staat	0,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	0,5	-1,0	1,0
Ausrüstungen	0,0	-1,4	0,6
Bauten	0,4	0,4	0,3
Sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1
Vorratsveränderung	-0,8	-1,8	0,7
Außenbeitrag	-0,6	-1,4	-0,8
Ausfuhr	0,5	-5,8	1,9
Einfuhr	-1,0	4,5	-2,7

1 Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2 In %.

Außenhandel Deutschlands nach Regionen und Ländern (Spezialhandel)



1. Quartal 2012 - 1. Quartal 2020

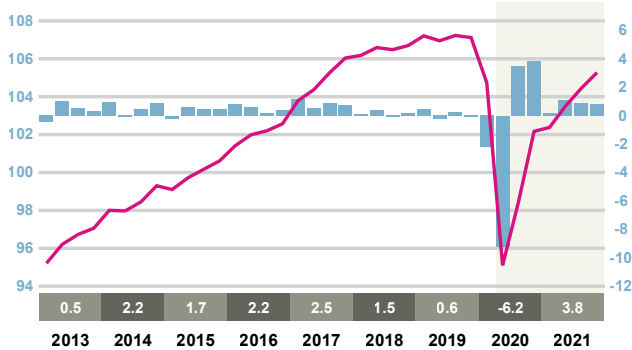
1 ohne Großbritannien.

2 Andere europäische Länder setzen sich zu mehr als 90 % aus Großbritannien, Schweiz, Russland, Türkei und Norwegen zusammen. Der Anteil Großbritanniens an den deutschen Exporten (Importen) in diesen (aus diesem) Länderkreis betrug 2019 38 % (24 %).

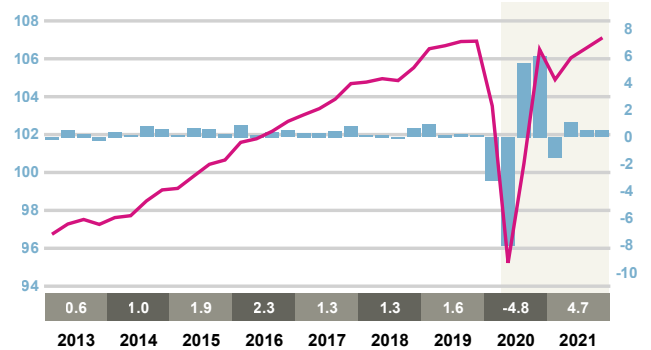
Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/Abbildung1/index.html

Konjunktur in Deutschland

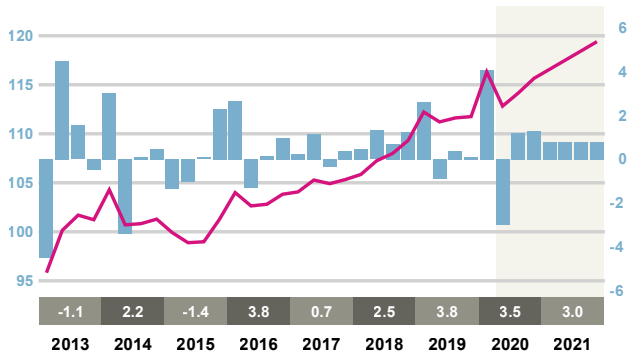
Bruttoinlandsprodukt



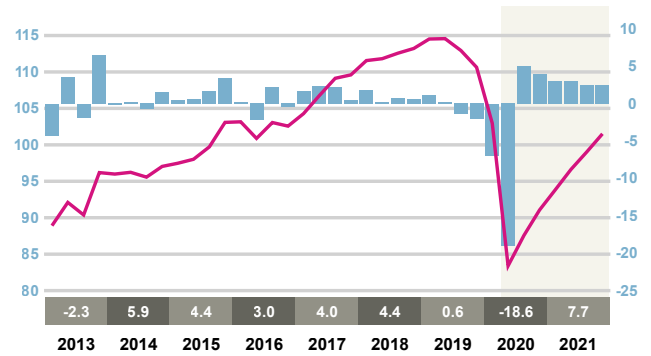
Private Konsumausgaben



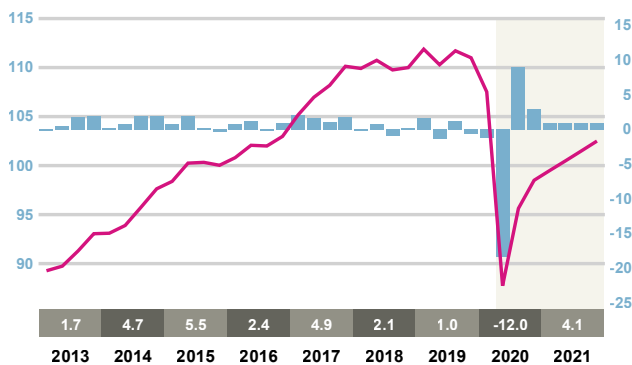
Bauinvestitionen



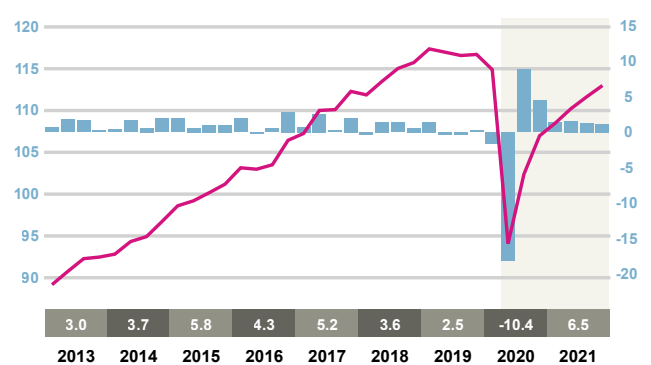
Ausrüstungsinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Kettenindex 2015 = 100 (linke Skala)
■ Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala)

Prognose
 Jahresdurchschnittsrate

Saison- und kalenderbereinigte Verläufe. 1. Quartal 2013 - 4. Quartal 2021. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/Abbildung2/index.html

Investitionen in Ausrüstungen von der Krise besonders betroffen

Schon im Verlauf des Jahres 2019 waren die Ausrüstungsinvestitionen infolge der sinkenden Industrieproduktion und der weltweiten Nachfrageschwäche rückläufig (-2,3%). Im ersten Quartal 2020 kam es zu einem starken Rückgang (-6,9%). Für das laufende Quartal ist ein noch viel dramatischerer Absturz zu erwarten. Darauf weisen die stark rückläufigen Auftragseingänge für Investitionsgüter hin. Auch sind die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im März und April regelrecht abgestürzt. Sie befinden sich, trotz der zuletzt angedeuteten leichten Erholung, auf einem sehr niedrigem Niveau und dürften die Investitionsbereitschaft stark dämpfen. Der Konjunkturindikator des IMK weist ebenfalls auf einen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion hin. Die anhand der Industrieproduktion gemessene Rezessionswahrscheinlichkeit (**Abbildung G**) lag in den vergangenen beiden Monaten in der Nähe von 100%.

Auch im weiteren Prognosezeitraum wird die Entwicklung der Investitionstätigkeit im Wesentlichen von der Intensität und der Dauer der Corona-Krise geprägt sein. Die Lockerungen der Maßnahmen und die allmähliche Erholung der Weltwirtschaft werden zu einer Belebung der Ausrüstungsinvestitionen führen. Im Prognoseverlauf kommt aber hinzu, dass sich die Finanzierungsbedingungen vieler Unternehmen trotz der sehr expansiven Geldpolitik der EZB verschlechtert haben und auch die Option der Innenfinanzierung eingeschränkt ist. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie, die jüngst deutlich gesunken ist, wird im Prognosezeitraum unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Insofern dürften von den Unternehmen im Wesentlichen nur notwendige Ersatzinvestitionen getätigt werden. Allerdings dürften die fiskalpolitischen Impulse des Konjunkturpakets die Investitionstätigkeit anregen. Sofern sich – wie in der Prognose unterstellt – das weltwirtschaftliche Umfeld wieder aufhellt, dürfte sich dies positiv auf die Investitionsdynamik hierzulande auswirken.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um 17,7% sinken, im Jahresdurchschnitt in ähnlicher Größenordnung mit 18,6%. Im Jahresverlauf 2021 steigen sie um 11,5%, im Jahresdurchschnitt aufgrund eines statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr allerdings nur um 7,7%. Ende 2021 werden sie noch um gut 10% unter dem Vorkrisenniveau liegen (**Abbildung 2, Tabelle 3**).

Baukonjunktur weiterhin robust

Die Bauinvestitionen haben zum Jahresanfang 2020 nicht zuletzt infolge der milden Witterung in allen Bereichen nochmals kräftig expandiert. Zwar dürfte es hierauf im zweiten Quartal erfahrungsgemäß eine Gegenbewegung geben und die Pandemie wird auch die Bauaktivitäten beeinflussen, aber im Prognosezeitraum bleiben die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft insgesamt günstig. Insbesondere werden die Wohnungsbauinvestitionen weiter zulegen, wenngleich die Beschäftigung und die Einkommen in diesem Jahr sinken und die Einkommen erst im nächsten Jahr wieder deutlich steigen. Allerdings profitieren die privaten Haushalte weiterhin von den sehr günstigen Zinskonditionen. Die Zinsen für neu zu vergebende Wohnungsbaukredite mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren liegen nach wie vor nur etwas über 1%. Das niedrige Zinsniveau dürfte für den gesamten Prognosezeitraum erhalten bleiben.

Zwar sanken die Auftragseingänge zuletzt deutlich, aber die Auftragsbücher sind weiterhin gut gefüllt und die Reichweite des Auftragsbestands ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Die für die mittelfristige Perspektive relevanten erteilten Baugenehmigungen weisen im April sogar einen leichten Anstieg aus.

Die Aussichten für den Wirtschaftsbau sind deutlich schlechter. Zwar dürften von den Investitionsmaßnahmen der Deutschen Bahn sowie von den verstärkten Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur für die Telekommunikation positive Impulse ausgehen, aber der überaus starke negative Impuls infolge des gewaltigen Rückgangs der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr führt insgesamt zu einer Verminderung der Aktivitäten im Wirtschaftsbau. Erst im nächsten Jahr wird der Wirtschaftsbau von der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen profitieren.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden weiterhin spürbar steigen. Dies lässt die Zunahme der erteilten Baugenehmigungen im öffentlichen Bau erwarten. Überdies werden diverse bereits vor der Krise angesetzte Investitionsmaßnahmen des Bundes, wie z. B. Verkehrsinfrastruktur des Bundes und Kita-Ausbau, expansiv wirken. Die jüngsten Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Bekämpfung der Krise dürften die kommunalen Investitionen zusätzlich stützen.

Alles in allem beträgt die Zunahme der Bauinvestitionen insgesamt 2020 im Jahresdurchschnitt 3,5%. Im kommenden Jahr steigen sie im Durchschnitt um 3,0% (**Abbildung 2, Tabelle 3**).

Privater Konsum bricht im ersten Halbjahr dramatisch ein

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte sanken zu Jahresbeginn überraschend stark (-3,2%), obwohl die Einzelhandelsumsätze bis Februar noch deutlich gestiegen waren. Für das zweite Quartal ist ein noch stärkerer Einbruch zu erwarten. So haben die von der Regierung erlassenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Bekämpfung des Corona-Virus die Konsummöglichkeiten im April und teilweise im Mai drastisch eingeschränkt. Zwar wurden Verbrauchsgüter wie Lebensmittel verstärkt nachgefragt, aber Käufe von Gebrauchsgütern wie Autos und Einrichtungsgegenstände sowie Dienstleistungen – beispielsweise Restaurantbesuche, Theater, Kino, Konzerte etc. – haben hohe Umsatzeinbußen erfahren. Geschwächt wird der private Konsum zudem durch eine insgesamt merklich verschlechterte Einkommenssituation. Die Einkommen werden sowohl von der rückläufigen Beschäftigung als auch von der deutlich reduzierten Arbeitszeit infolge der massiven Kurzarbeit stark gedämpft.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte es infolge der weitgehenden Lockerungen, aber auch des Abbaus von Kurzarbeit zu einer Belebung des privaten Konsums kommen. Verstärkt wird diese durch die Vielzahl der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket, nicht zuletzt durch den Kinderbonus (4,3 Mrd. €) und die temporär reduzierten Mehrwertsteuersätze (20 Mrd. €). Letzteres wird zu einem Vorzieheffekt in diesem Jahr führen, der allerdings den Konsum Anfang 2021 belasten wird.

Die Bruttolöhne und -gehälter werden in diesem Jahr um 2,1% abnehmen. Die Entnahmen aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften sogar drastisch sinken (-7%). Im nächsten Jahr wird die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter zwar aufgrund eines abermaligen Beschäftigungsabbaus weiterhin gedämpft, aber bei wieder stärkeren Lohnzuwächsen deutlich aufwärts gerichtet sein. Die Nettolöhne werden zusätzlich durch den weitgehenden Wegfall des Solidaritätszuschlags spürbar entlastet. Die Entnahmen werden leicht zunehmen.

Alles in allem sinken die nominalen verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 1,0%. Bei einer Zunahme des Konsumdeflators von 0,5% sinken sie real um 1,5%. Im nächsten Jahr nehmen sie nominal um 2,2% zu; real, bei einer leichten Zunahme der Inflation auf 1,2%. Die Sparquote wird nach dem starken Anstieg um 3,2 Prozentpunkte auf 14,1% in diesem Jahr, im nächsten Jahr wieder um 3,2 Prozentpunkte auf 10,9% sinken. Daher schrumpfen die realen privaten Konsumausgaben im Jahr 2020 im Jahresdurchschnitt drastisch um 4,8%, während sie im kommenden Jahr wieder deutlich ausgeweitet werden, im Jahresdurchschnitt um 4,7% (Abbildung 2, Tabelle 3). Nachdem die privaten Konsumausgaben seit vielen Jahren maß-

geblich zum BIP-Wachstum beigetragen haben, wird ihr Beitrag in diesem Jahr erstmals seit 2009 stark negativ ausfallen (-2,6 Prozentpunkte); im Jahr 2021 wird er dann wieder positiv sein (2,4 Prozentpunkte) (Tabelle 7).

Niedrige Inflation mit vielen Sonderfaktoren

Die Inflationsrate wird aktuell stark von gegenläufigen Sonderfaktoren beeinflusst. Im Mai 2020 bewirkte der drastische Rückgang der Preise für Kraftstoffe und Heizöl im Zuge des Ölpreisverfalls eine Preissenkung bei Energieprodukten um 8,5%, während Nahrungsmittelpreise als Folge von Verwerfungen der Corona-Krise außergewöhnlich stark um 4,5% stiegen. Ohne Nahrungsmittel und Energie lag die Inflationsrate mit 1,2% doppelt so hoch wie die Inflationsrate insgesamt mit 0,6%. Die Mehrwertsteuersatzsenkung im Juli 2020 dürfte zur Folge haben, dass die Inflationsrate bis Ende des Jahres bei rund 0% liegen wird. Anfang 2021 gibt es dann einen deutlichen Preisschub um rund 1% wegen der dann erfolgenden Mehrwertsteuererhöhung und der neu eingeführten CO₂-Bepreisung in den Bereichen Verkehr und Gebäude, die nur zum Teil durch die Verringerung der EEG-Umlage aufgefangen wird. Da die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahresmonat berechnet wird, schlägt sich dieser Preisschub größtenteils erst ab Juli 2021 in der Inflationsrate nieder und entfällt ab 2022 gänzlich wieder. Während die Inflationsrate in diesem Jahr daher insbesondere durch die gesunkenen Energiepreise und die Mehrwertsteuersatzsenkung nur 0,5% beträgt, dürfte sie 2021 auf 1,3% steigen und am Jahresende sogar 1,8% erreichen. Ohne neue Sondereffekte wird die Inflationsrate Anfang 2022 aber angesichts der niedrigen und durch die Krise abgeschwächten zugrundeliegenden Inflationsdynamik auf rund 1% fallen.

FISKALPOLITIK SETZT BEISPIELLOSE IMPULSE

Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war die deutsche Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet und sah für den Prognosezeitraum zahlreiche Einzelmaßnahmen von jährlich zusätzlich mehr als 20 Mrd. Euro vor (Tabelle 8) (Dullien et al. 2020 Prognose). Im Zuge des durch die Corona-Pandemie bedingten Lockdowns haben Bund und Länder sehr rasch umfangreiche Stützungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Der Bundestag hat bereits im März einen ersten Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 156 Mrd. € verabschiedet. Insbesondere wurden Soforthilfen für Unternehmen bereitgestellt, der Zugang zum ALG II wurde für Soloselbständige erleichtert, die Ausgaben für das Ge-

Tabelle 8

Im Prognosezeitraum wirksame finanzpolitische Maßnahmen

(Mrd. Euro gegenüber 2019¹)

	2020	2021
Vor der Corona-Krise beschlossene finanzpolitische Maßnahmen ²	22	47
Diskretionäre Maßnahmen im Rahmen des ersten Nachtragshaushalts des Bundes	54	0
Zusätzliche Maßnahmen der Länder	32	21
Veränderte Regelungen bei Kurzarbeit (bereits bei 10 % Betroffenen, Übernahme der Sozialbeiträge, Aufstockung) und ALG I (Verlängerung der Bezugszeit)	10	1
Krankenhausentlastungsgesetz (Krankenkassen)	4	2
Konjunkturpaket (einschließlich Überbrückungshilfen für KMU von 25 Mrd. Euro)	85	33
Summe	207	104
Summe in % des BIP	6,3	3,0

¹ Anders als in Dullien et al. (2020), Tabelle 7, werden die Maßnahmen gegenüber 2019 und nicht gegenüber dem Vorjahr angegeben. Angesichts der großen Unsicherheit über die zeitliche Verteilung der Impulse erscheint eine Betrachtung relativ zum Vorjahr weniger sinnvoll.

² vgl. Dullien et al. (2020), Tabelle 7 - mit geringfügigen Anpassungen.

Quellen: BMF, Bundestag, Nachtragshaushalte und andere Gesetze und Gesetzesentwürfe auch der Bundesländer, Berechnungen, Schätzungen und Annahmen des IMK.



sundheitswesen wurden zur Bekämpfung der Pandemie stark ausgeweitet. Der Anspruch auf ALG I wurde bei Auslaufen in diesem Jahr um 3 Monate verlängert. Beim Kurzarbeitergeld wurden schnell umfassende diskretionäre Erleichterungen eingeführt, die vorläufig bis Ende 2020 gelten. So wurde die Schwelle für die Beantragung von Kurzarbeit deutlich herabgesetzt und die Zahlungen werden für ArbeitnehmerInnen, die mindestens 50% ihres Einkommens einbüßen ab dem vierten Monat von 60% (67% mit Kind) auf 70% (bzw. 77%) und nach sieben Monaten auf 80% (bzw. 87%) erhöht. Darüber hinaus übernimmt die Bundesagentur für Arbeit die anfallenden Sozialbeiträge bei Kurzarbeit vollständig.²

Zusätzlich wurde der Wirtschaftsstabilisierungsfonds geschaffen, der Bürgschaften im Umfang von 400 Mrd. Euro, Beteiligungen im Umfang von 100 Mrd. Euro und eine Refinanzierung von KfW-Programmen im Umfang von 100 Mrd. Euro ermöglicht.

Die Bundesländer haben ebenfalls umfangreiche Maßnahmen zur Stützung der lokalen Wirtschaft und teilweise zur Stärkung der Kommunen ergrif-

fen. Mit gut 20 Mrd. Euro stellt Bayern die höchste Summe für konkrete haushaltswirksame Maßnahmen bereit. Darüber hinaus ermöglicht der Bayernfonds Garantien im Umfang von 26 Mrd. Euro und insgesamt 20 Mrd. Euro für Beteiligungen. Um flexibler auf die Anforderungen der Corona-Krise zu reagieren, haben einige Länder Sondervermögen eingerichtet, die über mehrere Jahre genutzt werden können. Hessen hat sein Sondervermögen mit einer Kreditemächtigung von 12 Mrd. Euro ausgestattet.

Bereits im Frühjahr wurde deutlich, dass die Rezession erheblich stärker ausfallen würde als in der Finanzkrise. Um eine längere Schwächephase und Hysterese-Effekte zu vermeiden, hat die Bundesregierung Anfang Juni ein umfangreiches Konjunkturpaket nachgelegt, das auf 130 Mrd. Euro beziffert wird und mit dem 2. Corona-Steuerhilfegesetz und einem zweiten Nachtragshaushalt des Bundes sowie einem Haushaltsbegleitgesetz umgesetzt wird. Größte Einzelmaßnahme ist mit rund 20 Mrd. Euro die temporäre Absenkung des regulären Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 16% und des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7% auf 5% vom 1.7.2020 bis zum 31.12.2020. Weitere zentrale Maßnahmen sind ein Kinderbonus von 300 Euro, die vorübergehende Möglichkeit der degressiven Abschreibung, die Unterstützung der Länder beim ÖPNV und der Kommunen durch Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen und Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitssuchende. Obwohl es sich hier um eine Umverteilung zwischen den Gebietskörperschaften handelt, dürfte die Unterstützung durch den Bund zu zusätzlichen kreditfinanzierten Ausgaben und damit konjunkturwirksamen Impulsen führen. Ein weiterer großer Posten des Konjunkturpakets ist das Vorziehen von Investitionen des Bundes.

Die 2020 wirksamen Maßnahmen dürften sich – einschließlich der vor der Corona-Krise geplanten Impulse – auf 207 Mrd. Euro bzw. 6,3% des BIP summieren (Tabelle 8)³. Sie werden durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren ergänzt. Dank dieser massiven Konjunkturstützung wird ein stärkerer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität verhindert.

Trotz der umfangreichen Stützungsmaßnahmen werden die Einnahmen in diesem Jahr mit 5,7% außerordentlich stark einbrechen. Maßgeblich dafür ist der starke Rückgang der Steuereinnahmen (-10,4%). Durch den Lockdown und die vorüber-

² Die Bundesregierung hat im Rahmen des Konjunkturpakets bereits eine Anschlussregelung für 2021 in Aussicht gestellt (BMF 2020, S. 3). Dies ist in der aktuellen Prognose sowie in der Tabelle 8 noch nicht berücksichtigt.

³ Bei den finanzpolitischen Maßnahmen bestehen große Unsicherheiten – sowohl bezüglich der Höhe als auch bezüglich der zeitlichen Verteilung. In der jüngeren Vergangenheit sind die tatsächlichen Ausgaben regelmäßig hinter der Planung zurückgeblieben. Das wird hier auch für Teile des Konjunkturpakets angenommen. Insgesamt sind die Daten in der Tabelle als Annahmen auf der Grundlage der von der Regierung veröffentlichten Maßnahmen zu interpretieren.

gehende Steuersatzsenkung ist die Umsatzsteuer besonders betroffen, aber auch andere indirekte Steuern verzeichnen drastische Rückgänge, ganz besonders die Luftverkehrssteuer. Daneben kommt es bei den gewinnabhängigen Steuern zu erheblichen Mindereinnahmen. Auch das Aufkommen aus der Lohnsteuer ist in diesem Jahr rückläufig, allerdings in geringerem Umfang. Die Beitragseinnahmen sinken nur leicht, auch weil die Sozialbeiträge bei Kurzarbeit von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Deutliche Mehreinnahmen bringt 2020 hingegen der Bundesbankgewinn.

Krisenbedingt steigen die Ausgaben um 10,1%. Einen höheren Zuwachs der Ausgaben hatte es nur 1995 infolge der Übernahme der Treuhandschulden gegeben. Infolge der Kurzarbeit und der Zunahme der Arbeitslosigkeit steigen die monetären Sozialleistungen um gut 10%, auch die Subventionen und die Vermögenstransfers nehmen krisenbedingt erheblich zu. Die Investitionen dürften etwas langsamer ausgeweitet werden als im vergangenen Jahr. Trotz erheblicher zusätzlicher Ausgaben zur Pandemiebekämpfung nehmen die sozialen Sachleistungen in diesem Jahr nur moderat zu, weil gleichzeitig viele Behandlungen verschoben wurden. Die Zinsausgaben dürften trotz einer hohen Neuverschuldung weiter leicht abwärtsgerichtet sein, da sich die öffentliche Hand immer noch zu Negativzinsen verschulden kann und bestehende Kredite zu niedrigeren Zinsen abgelöst werden können. Insgesamt ergibt sich für dieses Jahr ein Finanzierungssaldo von -198 Mrd. Euro bzw. 6% des BIP.

Im kommenden Jahr fällt der Umfang der finanzpolitischen Maßnahmen (nach aktueller Planung) mit 104 Mrd. Euro oder 3% des BIP wieder deutlich geringer aus. Bei nunmehr deutlich positivem BIP-Wachstum erholen sich auch die Steuereinnahmen trotz Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags (+9,1%). Die Sozialbeiträge steigen mit 3,5% in ähnlicher Größenordnung wie die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen um 5,9% und bleiben damit noch unter dem Niveau von 2019.

Die Ausgaben dürften 2021 stagnieren (-0,3%). Insbesondere bei den Subventionen kommt es nach den Maßnahmen von 2020 zu einem deutlichen Rückgang, wenngleich es mit der Senkung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt zu einer gegenläufigen Erhöhung in geringerem Umfang kommt. Infolge deutlich rückläufiger Kurzarbeit sinken im kommenden Jahr trotz weiter steigender Arbeitslosigkeit auch die monetären Sozialleistungen leicht. Die Zinsausgaben nehmen ebenfalls noch etwas ab. Bei den Investitionen fällt die Dynamik – nicht zuletzt durch das Konjunkturpaket wieder etwas stärker aus. Der Finanzierungssaldo bleibt mit 3% noch deutlich negativ. Der Schuldenstand dürfte Ende des Prognosezeitraums noch deutlich über 70% des BIP liegen, da neben den vorübergehend hohen Defiziten auch noch fällige werdende

Garantien den Schuldenstand nach oben treiben dürften. Die Bundesbank (2020) veranschlagt dafür eine Größenordnung von 5% des BIP.

CORONA-KRISE TRIFFT AUCH DEN ARBEITSMARKT

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise ging der längste Aufschwung seit den 1960er Jahren auch am deutschen Arbeitsmarkt abrupt zu Ende. Die deutsche Wirtschaft befindet sich inzwischen in der tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Die teilweisen Schließungen zur Bekämpfung der Covid19-Pandemie von Mitte März bis Anfang/Mitte Mai 2020 bedrohten sehr viele Arbeitsplätze; im Unterschied zu früheren Krisenphasen galt dies insbesondere für zahlreiche Dienstleistungsbereiche, da dort viele Betriebe – wie beispielsweise die des Einzelhandels und der Gastronomie – von den Kontaktbeschränkungen unmittelbar in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht waren.

Die Politik reagierte schnell und zielgenau, indem sie den Zugang zum Kurzarbeitergeld erleichterte und dessen Nutzung attraktiver machte.⁴ Dies war insbesondere für die von der Krise besonders betroffenen Dienstleistungsbereiche wichtig, bei denen in der Vergangenheit Kurzarbeit wesentlich seltener zum Einsatz kam als in der Industrie.

Aufgrund der außerordentlichen Stärke des Wirtschaftseinbruchs ist eine erfolgreiche Beschäftigungssicherung allerdings aktuell viel schwieriger als während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Es deutet bislang dennoch einiges darauf hin, dass die Kurzarbeit angenommen wurde und die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungssicherung erneut gelingen könnte. Wie schon während der Finanz- und Wirtschaftskrise wird in Deutschland als arbeitsmarktbezogene Antwort auf die Corona-Krise mittels Kurzarbeit und anderer Instrumente der internen Flexibilität, wie beispielsweise dem Guthabenabbau auf Arbeitszeitkonten und den Abbau von Überstunden, die Arbeitszeit pro Kopf zeitweilig reduziert und so Beschäftigung im großem Umfang gehalten.

So wurde in den Monaten März und April 2020 im Privaten Dienstleistungssektor insgesamt für mehr als 36%, darunter im Gastgewerbe sogar für mehr als 92% und im Verarbeitenden Gewerbe für fast 40% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Kurzarbeit angezeigt. Im März 2020 – aktuellere Zahlen liegen derzeit noch nicht vor – wurde nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit an 2,02 Millionen Beschäftigte Kurzarbei-

⁴ Siehe hierzu beispielsweise Herzog-Stein (2020, Infobox 1).

tergeld ausbezahlt. In der Spitze dürften im Verlauf des zweiten Quartals mehr als 6 Millionen Personen in Kurzarbeit sein. Im Jahresdurchschnitt wird es dieses Jahr knapp 2 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit geben. Im darauffolgenden Jahr werden dann noch durchschnittlich rund 650 000 Personen aus konjunkturellen Gründen Kurzarbeitergeld erhalten.

Insgesamt wird in diesem Jahr durch die verschiedenen Instrumente der internen Flexibilität die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 4,2% zurückgehen, das Arbeitsvolumen insgesamt um 5,2%. Im kommenden Jahr wird dann die Arbeitszeit im Zuge der wirtschaftlichen Erholung um 2,3% und das Arbeitsvolumen um 2,0% ansteigen.

Die Arbeitsproduktivität wird, da Beschäftigung gehalten wird, 2020 – wie auch schon in früheren Rezessionsphasen – stark prozyklisch um 1,0% zurückgehen und im darauffolgenden Jahr im Zuge der wirtschaftlichen Erholung dann um 1,8% zulegen.

Aufgrund der außerordentlichen Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs infolge der Pandemie wird es trotz der enormen Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung zu krisenbedingten Beschäftigungsverlusten und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Allerdings fallen die kri-

senbedingten negativen Arbeitsmarktfolgen wesentlich geringer aus, als wenn die zahlreichen Maßnahmen zur Stabilisierung und Ankurbelung der wirtschaftlichen Aktivität und zur Beschäftigungssicherung unterblieben wären.

Im Zeitraum von Februar – dem letzten Monat ohne direkte Auswirkungen der Corona-Krise auf das Arbeitsmarktgeschehen – bis Mai 2020 ist krisenbedingt die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt bislang um 613 000 Personen gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist saisonbereinigt in den Monaten März und April – aktuellere Zahlen liegen nicht vor – um 314 000 Personen zurückgegangen. Da der Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß der wirtschaftlichen Entwicklung nachläuft, dürfte eine Wende zum Besseren erst im Laufe des dritten Quartals 2020 zu verzeichnen sein. Die durchgeführten Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung, die expansiven Impulse des Konjunkturpakets sowie das Auslaufen der gesamtwirtschaftlichen Kriseneffekte dürften dann ab dem vierten Quartal für eine schrittweise Verbesserung der Arbeitsmarktsituation über den Prognosezeitraum hinaus sorgen – sofern nicht infolge einer zweiten Ansteckungswelle erneut weitreichende Schließungsmaßnahmen notwendig werden sollten. Jedoch werden weder Beschäftigung noch Arbeitslosigkeit ihr Vorkrisenniveau bis Ende 2021 erreicht haben.

Insgesamt wird die Erwerbstätigenzahl im Jahr 2020 um jahresdurchschnittlich 1,0% zurückgehen und trotz der im Jahresverlauf 2021 kontinuierlichen Beschäftigungszunahme nochmals im Jahresdurchschnitt um 0,3% niedriger sein. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2020 um rund 500 000 Personen ansteigen und aufgrund des großen Unterhangs 2021 nochmals um knapp 130 000 zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird 2020 im Jahresdurchschnitt bei 6,0% liegen und im Jahr 2021 bei 6,3% (Tabelle 9, Abbildung 3).

Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung wird im Prognosezeitraum stark von den Auswirkungen der Krise geprägt sein. Infolge der zeitweiligen Arbeitszeitverkürzung werden die Bruttostundenverdienste 2020 merklich um 3,4% zulegen, während sie auf Monatsbasis um 1% zurückgehen werden. Im nächsten Jahr werden die Bruttostundenverdienste dann um 2,0% steigen, während auf Monatsbasis infolge des Anstiegs der Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung sie sogar um mehr als 4% zunehmen werden.

Tabelle 9

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

	2017	2018	2019	2020	2021
Erwerbstätige Inländer	44 127	44 709	45 085	44 607	44 456
Pendlersaldo	121	145	151	155	155
Erwerbstätige Inland	44 248	44 854	45 236	44 761	44 611
Arbeitnehmer	39 976	40 631	41 087	40 740	40 667
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung	32 234	32 964	33 521	33 430	33 502
Minijobs	4 742	4 671	4 577	4 306	4 142
Selbständige	4 272	4 223	4 149	4 021	3 943
Arbeitslose ¹	2 533	2 340	2 267	2 764	2 898
Arbeitslosenquote BA ²	5,7	5,2	5,0	6,0	6,3
Erwerbslose ³	1 621	1 468	1 374	1 872	1 998
Erwerbslosenquote ⁴	3,5	3,2	3,0	4,0	4,3
Konjunkturelle Kurzarbeit	25	24	56	1 974	649

1 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

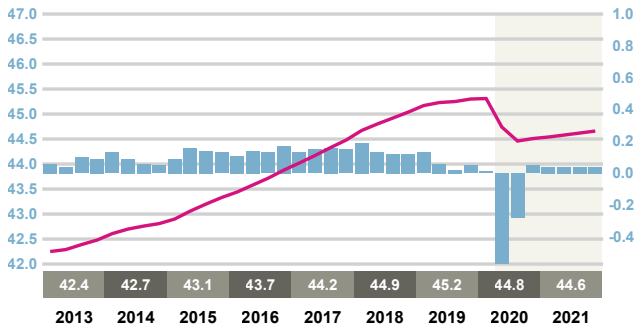
2 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

3 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

4 In % der inländischen Erwerbspersonen.

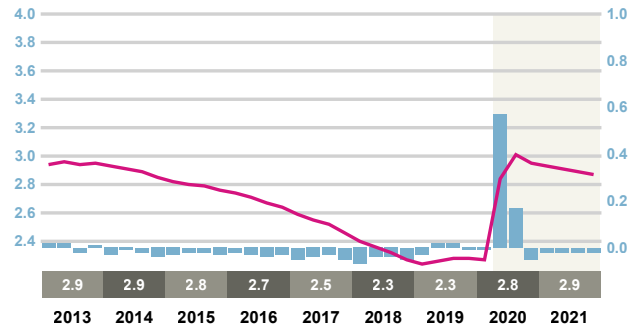
Arbeitsmarkt in Deutschland

Erwerbstätige (Inland)



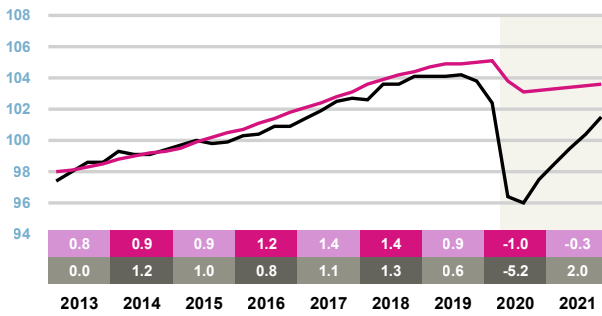
Veränderung Erwerbstätige in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala)
 Erwerbstätige in Millionen (linke Skala)
 Prognose

Arbeitslose



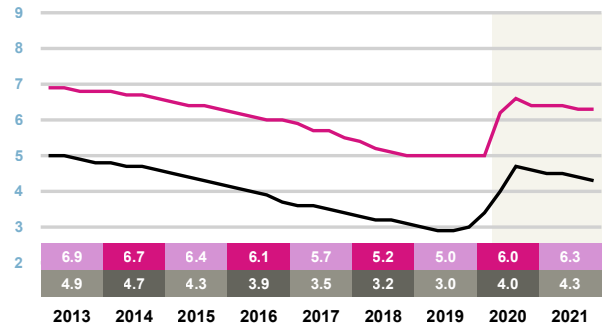
Veränderung der Arbeitslosen in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala)
 Arbeitslose in Millionen (linke Skala)
 Prognose

Erwerbstätige und Arbeitsvolumen



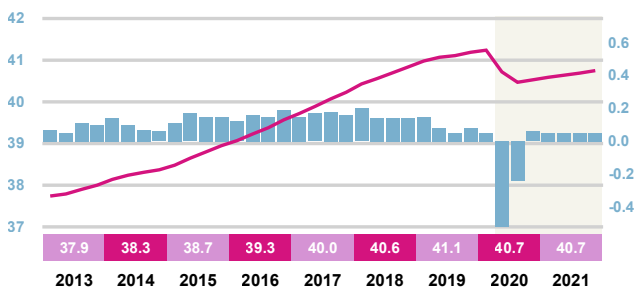
Geleistete Arbeitsstunden im Inland (2015=100)
 Erwerbstätige im Inland (2015=100)
 Prognose

Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote



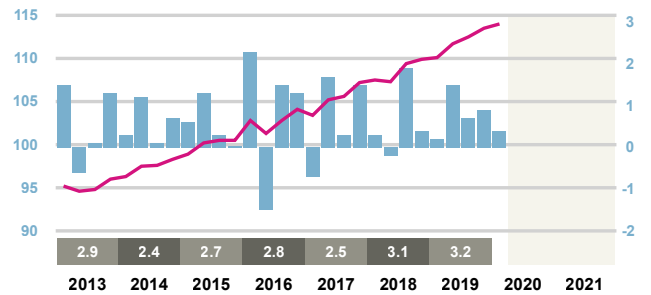
Arbeitslosenquote in Prozent (BA-Konzept)
 Erwerbslosenquote in Prozent (ILO-Konzept)
 Prognose

Arbeitnehmer (Inland)



Veränderungen Arbeitnehmer in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
 Arbeitnehmer in Millionen (linke Skala)
 Prognose

Bruttolöhne und -gehälter



Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahresquartal (rechte Skala).
 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde (2015=100) (linke Skala)
 Prognose

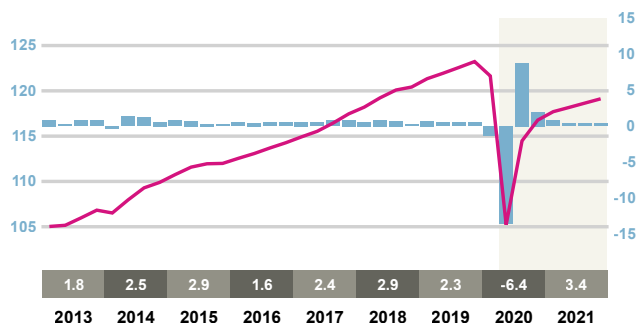
Saisonbereinigte Verläufe. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/Abbildung3/index.html

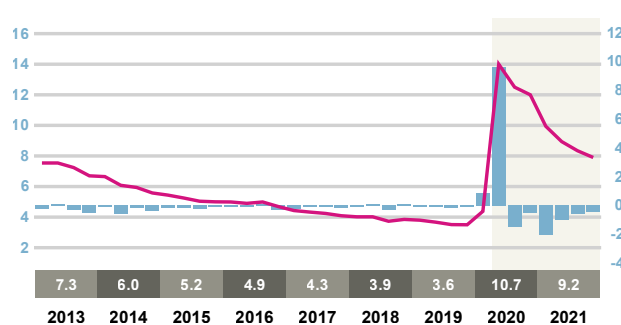
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in den USA

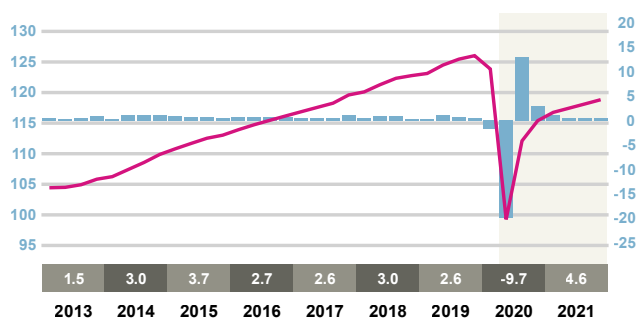
Bruttoinlandsprodukt



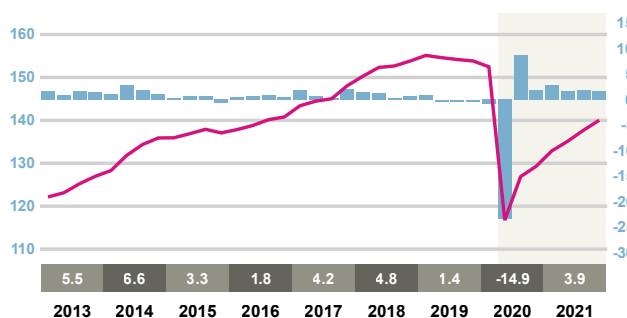
Arbeitslosenquote



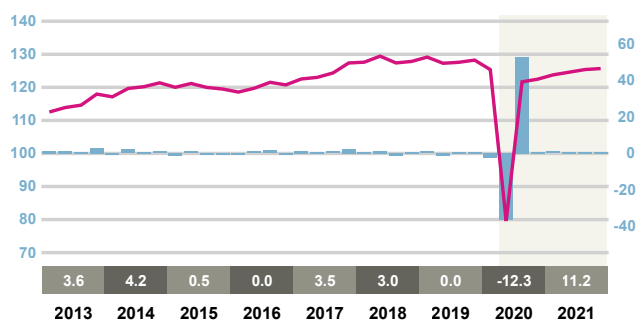
Private Konsumausgaben



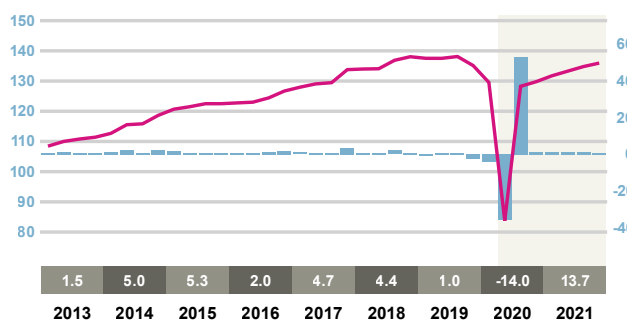
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Mittelwert 2010=100 (linke Skala)
 ■ Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala)

■ Prognose
 ■ Jahresdurchschnittsrates

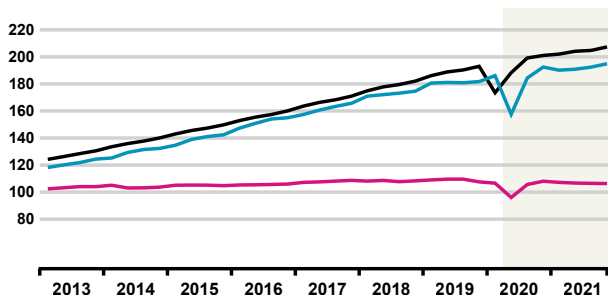
Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Die Covid-19-Pandemie hat die US-Produktion im ersten Quartal 2020 um 1,3 % schrumpfen lassen. Vier Fünftel des Rückgangs lassen sich allein durch die Entwicklung des privaten Verbrauchs erklären, dem maßgeblichen Wachstumstreiber der US-Konjunktur in den vergangenen Jahren. Dabei wurden nennenswerte staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erst ab der zweiten Märzhälfte umgesetzt. Im zweiten Quartal dürfte der Einbruch der Produktion bei deutlich über 10 % gegenüber dem Vorquartal liegen. Verantwortlich hierfür dürften insbesondere Einkommenseinbußen und Vorsichtssparen der privaten Haushalte in Folge der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit sein. Die Arbeitslosenquote schnellte im April auf 14,7 %; nach dem partiellen Wiederhochfahren der Wirtschaft im Mai ging sie auf 13,3 % zurück. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Arbeitslosenquote nur auf knapp 8 % sinken. Auch investitionsseitig wird sich die US-Wirtschaft nur langsam erholen.

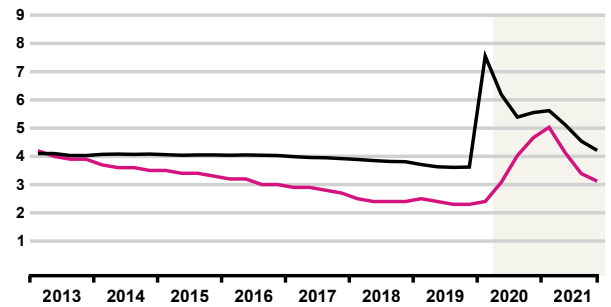
Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungA/index.html

Konjunktur in Asien

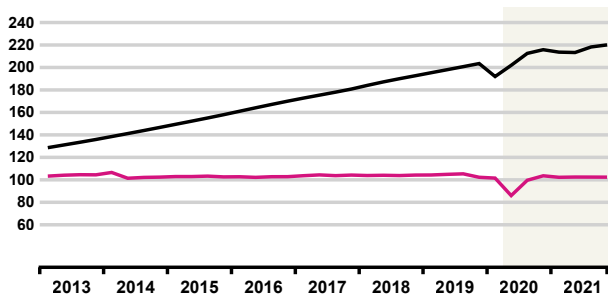
Bruttoinlandsprodukt



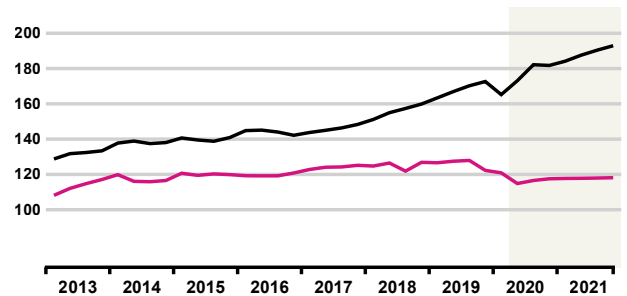
Arbeitslosenquote



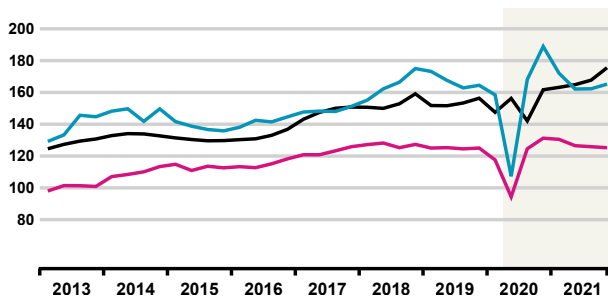
Private Konsumausgaben



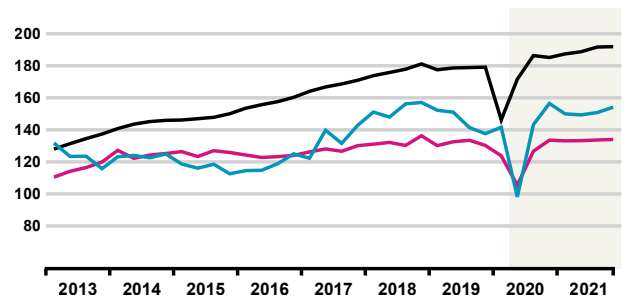
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Japan (Mittelwert 2010=100)
 ■ China (Mittelwert 2010=100)

■ Indien (Mittelwert 2010=100)
 ■ Prognose

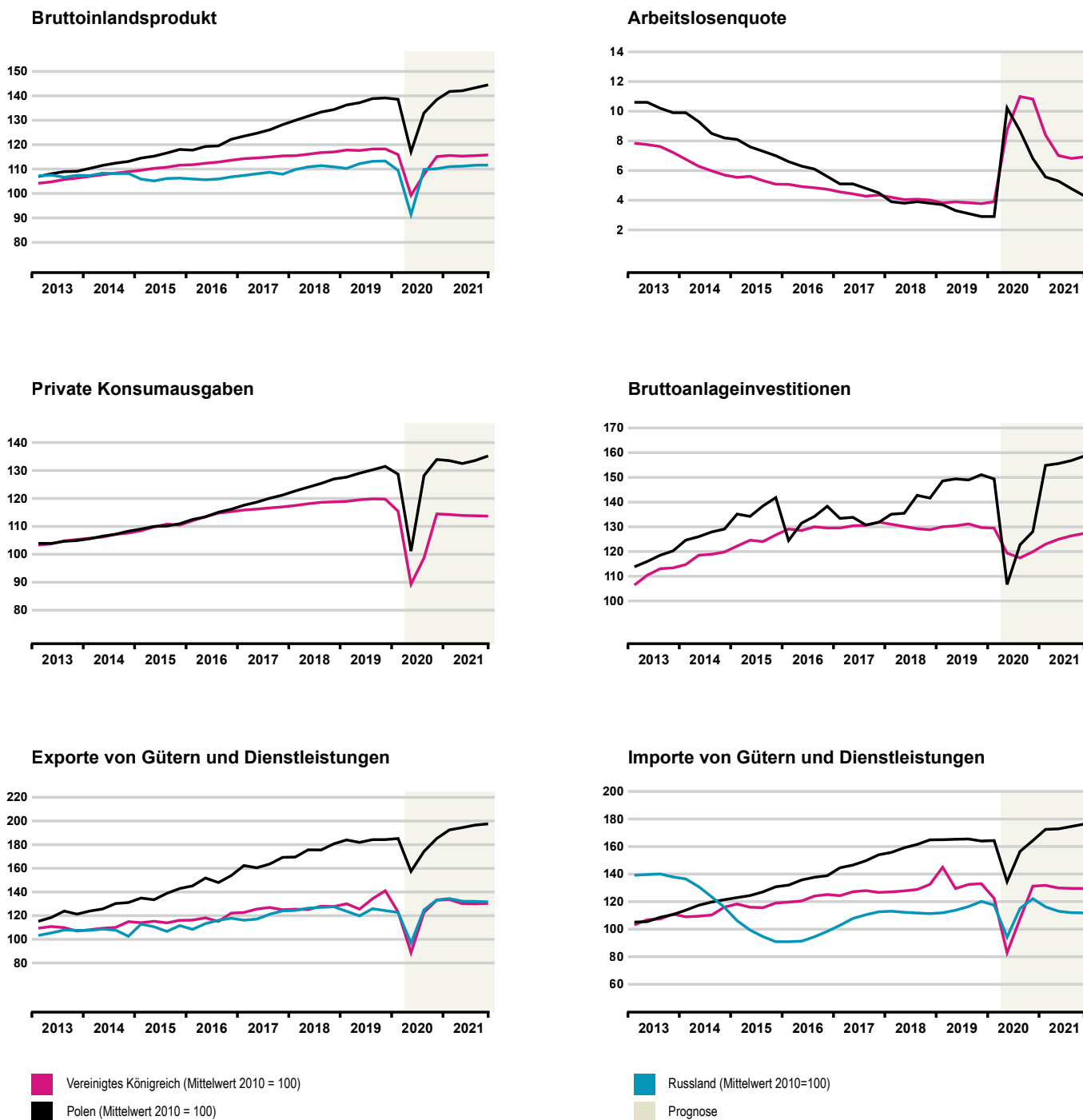
NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Indien, noch eine explizite Arbeitsmarktmodellierung.

Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

In China ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in Folge der Covid-19-Pandemie im ersten Quartal 2020 um 9,8 % zurückgegangen. Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze im Mai deuten nur auf eine allmähliche Erholung der Wirtschaft hin. Zwar wurde die Produktion ab März wieder weitgehend aufgenommen. Mit der weltweiten Verbreitung des Virus fehlt aber bislang die außenwirtschaftliche Nachfrage. Zudem fällt der fiskalpolitische Impuls bisher nur etwa halb so groß aus wie nach der Finanzmarktkrise von 2007/2008, wenn auch zusätzlich umfangreiche geldpolitische und makroprudentielle Maßnahmen umgesetzt werden. Das Wirtschaftswachstum in Indien verzeichnete schon im letzten Quartal 2019 das langsamste Tempo seit sechs Jahren. Mit der Corona-Krise ist die Arbeitslosigkeit emporgeschnellt. In Japan ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2020 um 0,6 % geschrumpft. Angesichts des zu erwartenden Pandemie-Schocks im zweiten Quartal hat die Regierung ein umfangreiches Fiskalpaket mit geschätztem Impuls von mehr als 10 % des BIP beschlossen.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungB/index.html

Konjunktur in Europa außerhalb des Euroraums



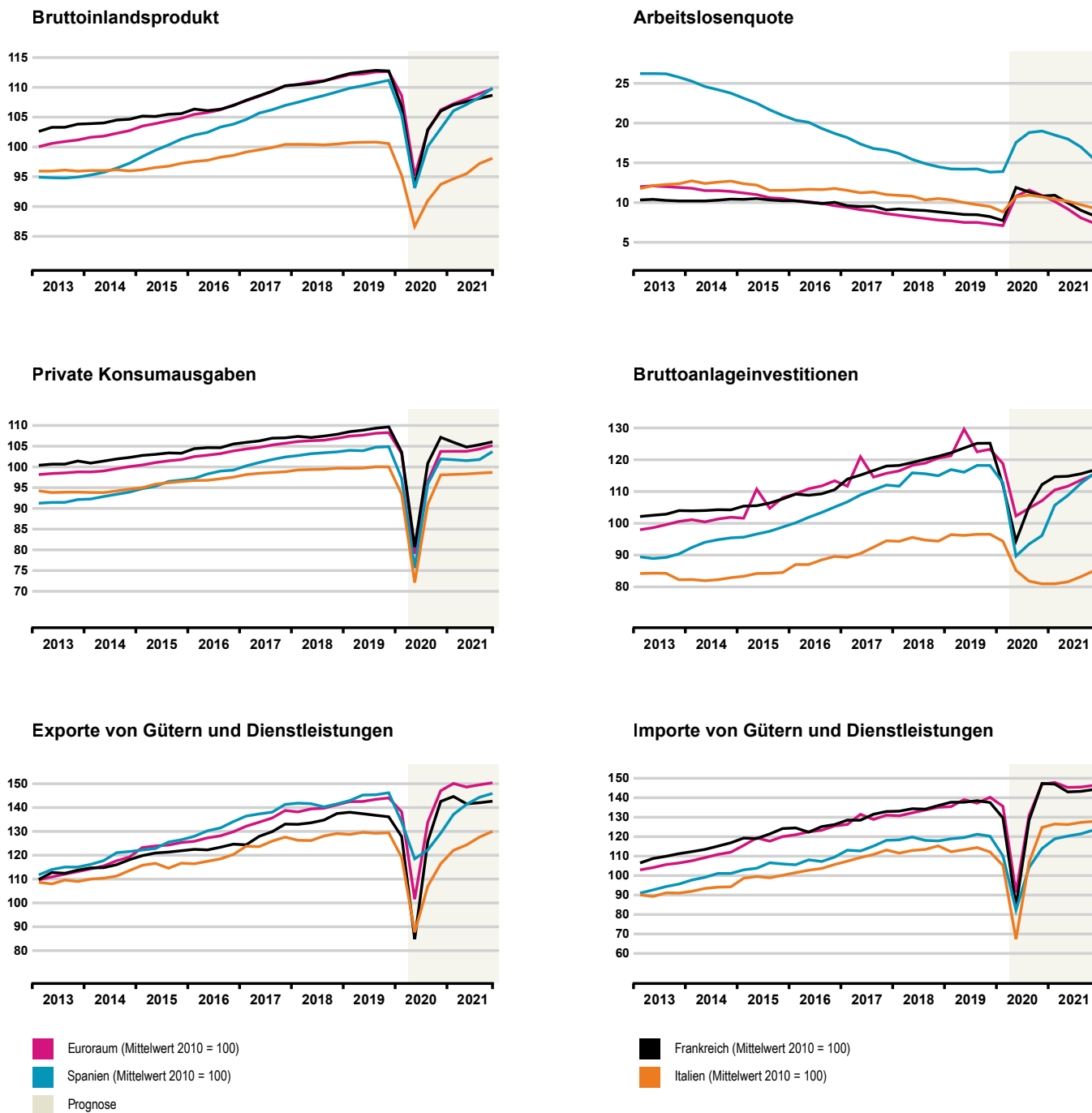
NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Russland, noch eine explizite Arbeitsmarktmodellierung.

Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Vereinigten Königreich ist im ersten Quartal 2020 um 2,0 % geschrumpft. Stark rückläufige Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze lassen erahnen, dass der Rückgang des Wachstums im zweiten Quartal mehr als 10 % gegenüber Vorquartal betragen wird. Die britische Regierung hat erst zögerlich, dann aber mit einem Shutdown auf die Ausbreitung des Corona-Virus reagiert. Die russische Wirtschaft dürfte 2020 in Folge der Covid-19-Pandemie um etwa 5 % schrumpfen. Der anhaltende Rückgang der Energiepreise und damit der Exporterlöse trägt maßgeblich zur schwachen BIP-Entwicklung bei. In Polen ist die Produktion im ersten Quartal um 0,4 % geschrumpft. Um die Wirtschaft nach dem zu erwartenden Wachstumseinbruch im zweiten Quartal zu stabilisieren, hat die Regierung ein Fiskalpaket von mehr als 6 % des BIP beschlossen.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungC/index.html

Konjunktur im Euroraum



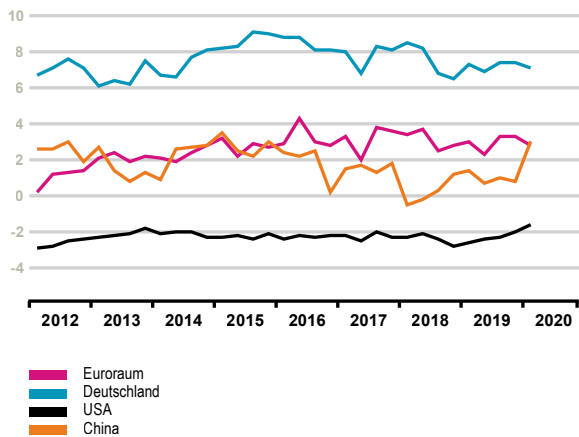
Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 2. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Die Coronakrise wirkte sich bereits im 1. Quartal massiv auf die Volkswirtschaften des Euroraums aus. Das BIP im Euroraum ist um 3,6 % zurückgegangen. Im Prognosezeitraum wird das BIP regelrecht abstürzen, so wird es im 2. Quartal um gut 12 % zurückgehen. Ab dem 3. Quartal wird eine moderate wirtschaftliche Erholung prognostiziert. Insgesamt wird das BIP im Euroraum dieses Jahr um gut 8 % zurückgehen, nächstes Jahr dann um gut 5 % wachsen. Frankreich, Italien und Spanien sind besonders stark vom neuartigen Covid-19-Virus betroffen, das BIP aller drei Länder wird dieses Jahr voraussichtlich um 9 % einbrechen. Von der wirtschaftlichen Erholung im nächsten Jahr wird Spanien mit einem BIP-Wachstum von gut 7 % am meisten profitieren können. Das italienische und das französische BIP werden dann um jeweils gut 5 % wachsen.

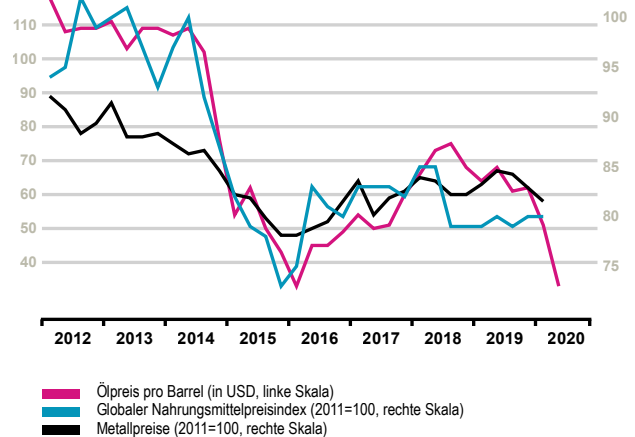
Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungD/index.html

Makro- und Finanzstabilität

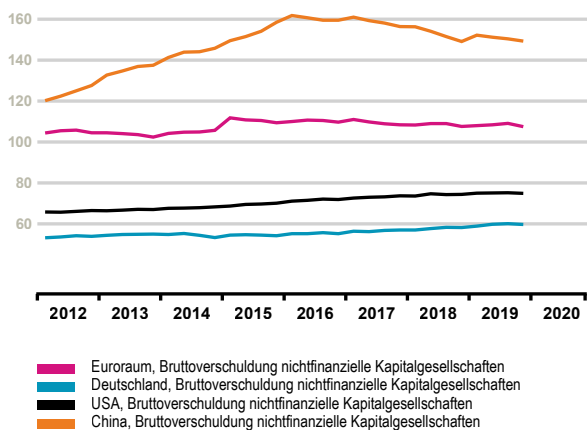
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)



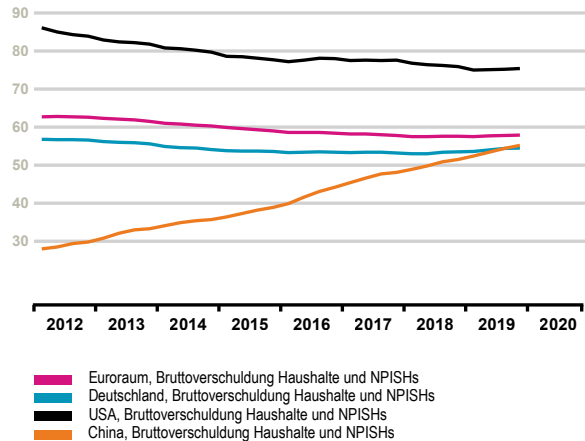
Rohstoffpreise



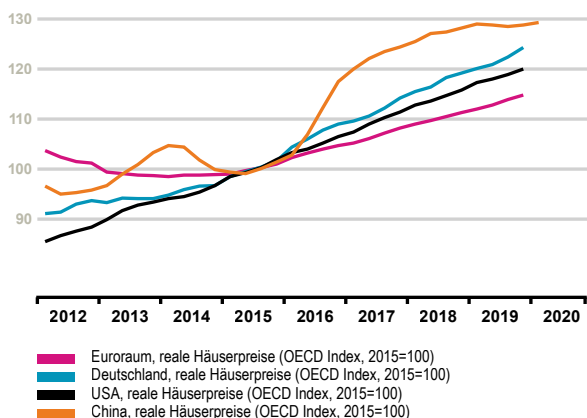
Verschuldung der Unternehmen (in % des BIP)



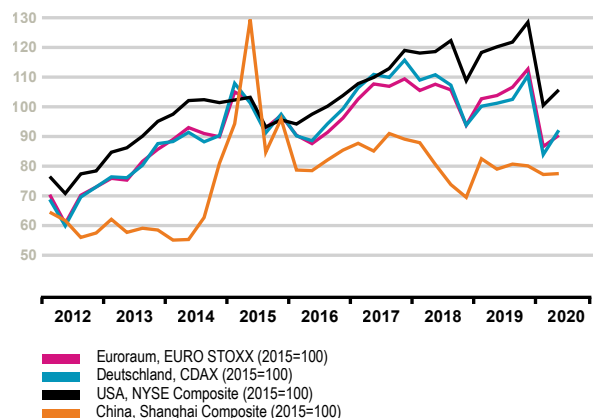
Verschuldung der Haushalte (in % des BIP)



Häuserpreise



Aktienkurse



1. Quartal 2012 - 2. Quartal 2020.

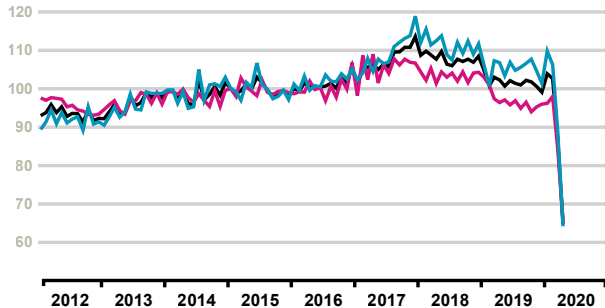
Die Entwicklung an den Aktienmärkten von April bis Juni spiegelte zunächst die Hoffnung auf eine schnelle V-förmige Wachstumserholung in den meisten Wirtschaftsräumen wider. In den ersten Juni-Wochen schwenkten die Markterwartungen aufgrund schwächerer realwirtschaftlicher Daten in China und der Angst vor einer zweiten Covid-19-Welle auf einen langsameren Erholungspfad ein; insgesamt bleibt die Marktvolatilität hoch. Die Ölpreise haben sich bei schwächerer Nachfrageerwartung inzwischen auf niedrigem Niveau stabilisiert. Auch nach dem Wiederanspringen der weltwirtschaftlichen Produktion dürfte das Trendwachstum beim Welthandel angesichts struktureller Veränderungen und nicht gelöster Handelskonflikte langsamer ausfallen als in der Dekade vor der Corona-Krise. Mögliche Folgen für die Entwicklung der Leistungsbilanzsalde treten aber erst allmählich auf.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:

https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungE/index.html

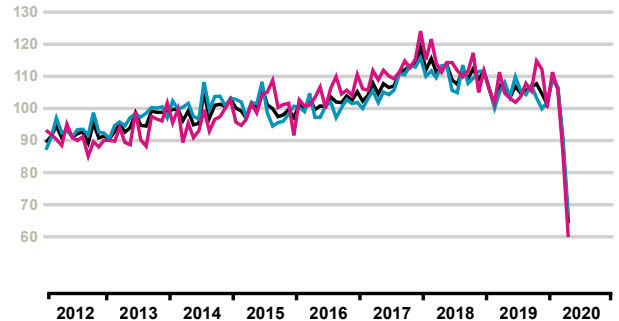
Auftragseingänge deutscher Unternehmen

Industrie



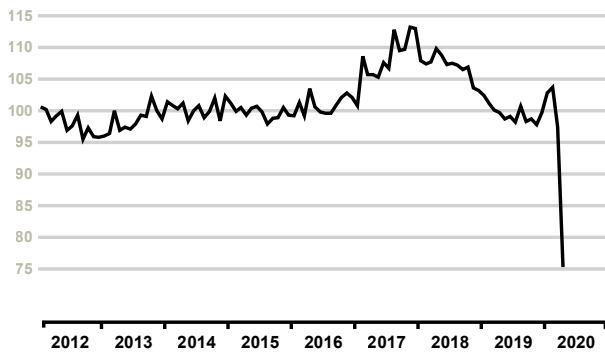
■ Gesamt (2015=100)
■ aus dem Inland (2015=100)
■ aus dem Ausland (2015=100)

Auslandsaufträge



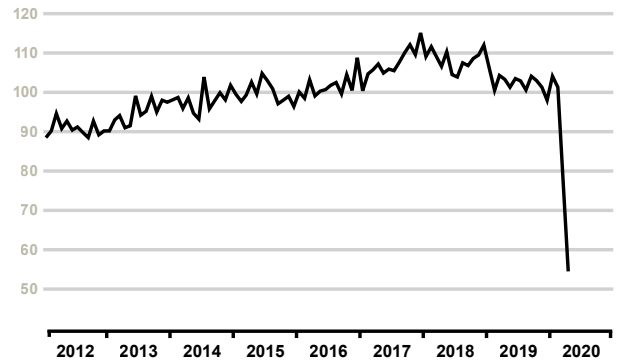
■ Ausland Gesamt (2015=100)
■ aus der Nicht-EWU (2015=100)
■ aus der EWU (2015=100)

Vorleistungsgüter



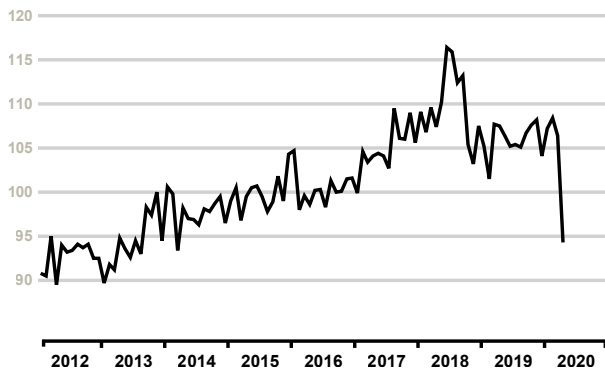
■ Gesamt (2015=100)

Investitionsgüter



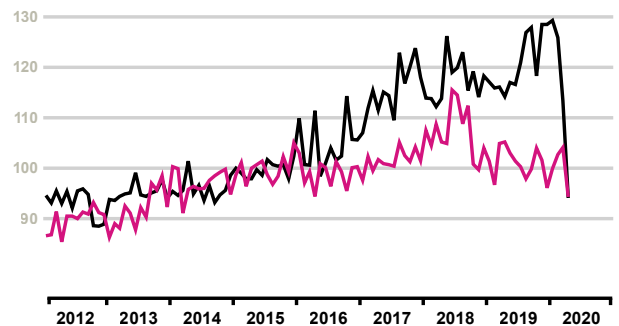
■ Gesamt (2015=100)

Konsumgüter



■ Gesamt (2015=100)

Ge- und Verbrauchsgüter



■ Gebrauchsgüter (2015=100)
■ Verbrauchsgüter (2015=100)

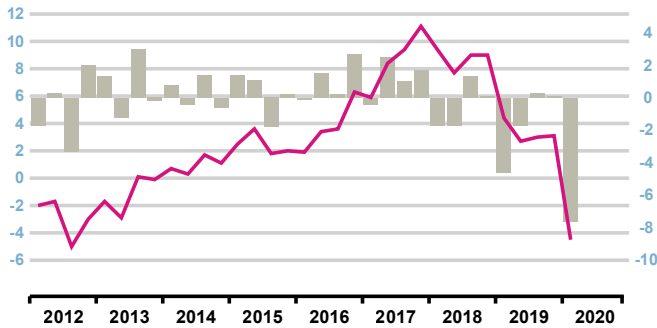
Volumen, kalender- und saisonbereinigt. Januar 2012 - April 2020.

Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungF/index.html

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

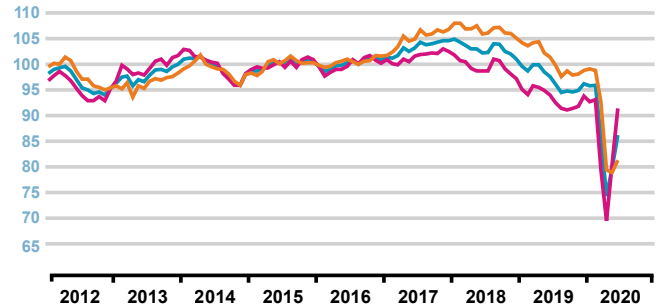
Frühindikatoren Deutschland

Order-Capacity-Index



Index (in %, linke Skala)
Veränderung (in Prozentpunkten, rechte Skala)

ifo Geschäftsklima-Index



Geschäftsklima
Geschäftserwartung
Geschäftsbeurteilung

1. Quartal 2012 - 1. Quartal 2020 (order) / Januar 2012 bis Juni 2020 (ifo)

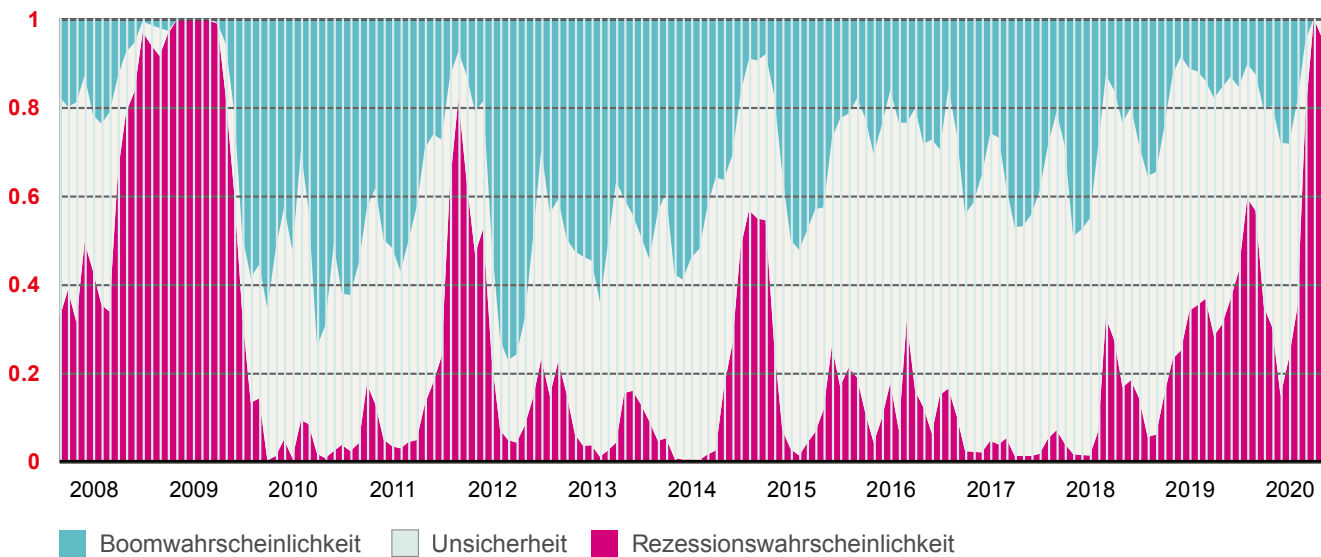
Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:

https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungG_a/index.html

https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungG_b/index.html

IMK Konjunkturindikator

Rezessions- und Boomwahrscheinlichkeiten – Ausblick für die nächsten 3 Monate¹



¹ Veröffentlichung Mitte Juni 2020.

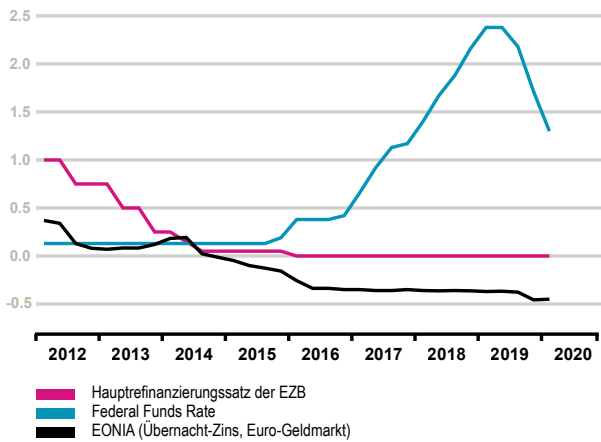
Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturampel-15362.htm>

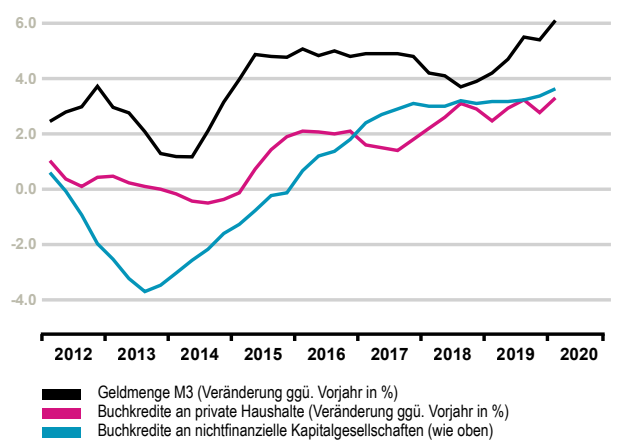
Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IMK.

Monetäre Rahmenbedingungen

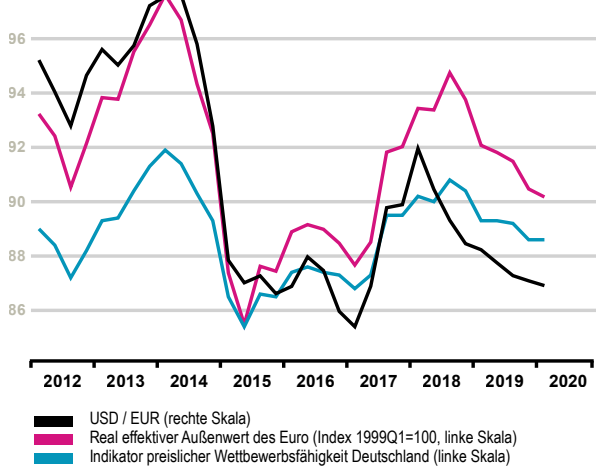
Hauptrefinanzierungssatz im Euroraum und den USA (in %)



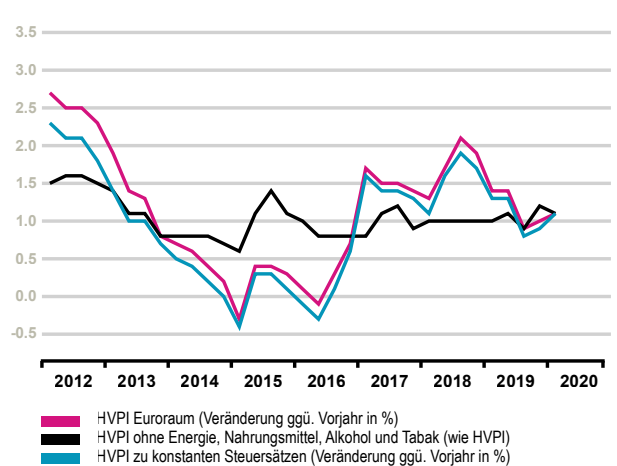
Geldmenge und Kreditvolumen



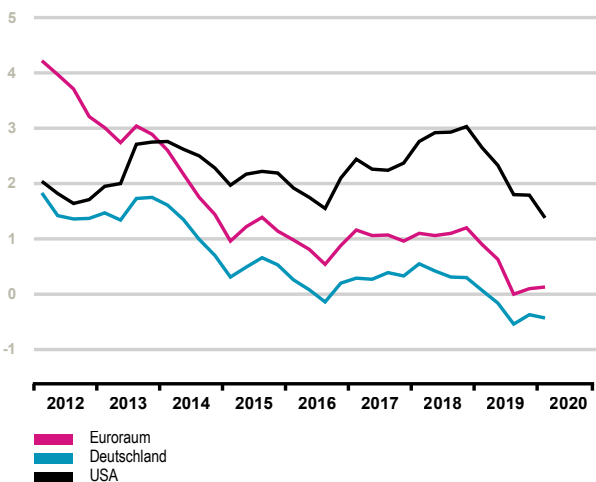
Wechselkurs und real effektiver Außenwert¹



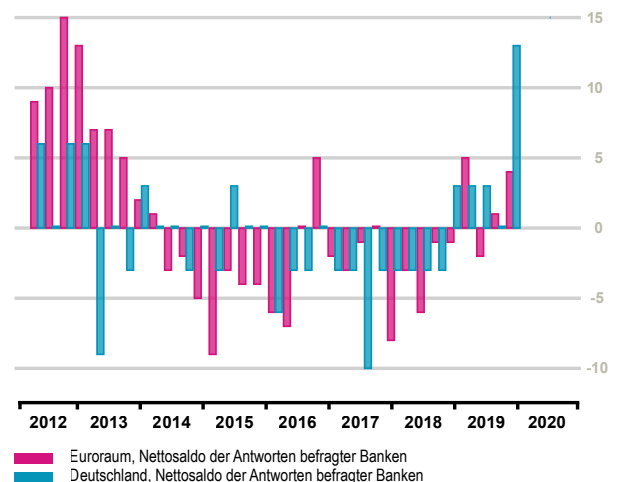
Harmonisierte Verbraucherpreise (HVPI)



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen (in %)



Kreditvergabestands (Bank Lending Survey)



1. Quartal 2012 - 1. Quartal 2020.

1) Real effektiver Außenwert auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 38 Ländern (Euroraum) bzw. 56 Ländern (Deutschland).

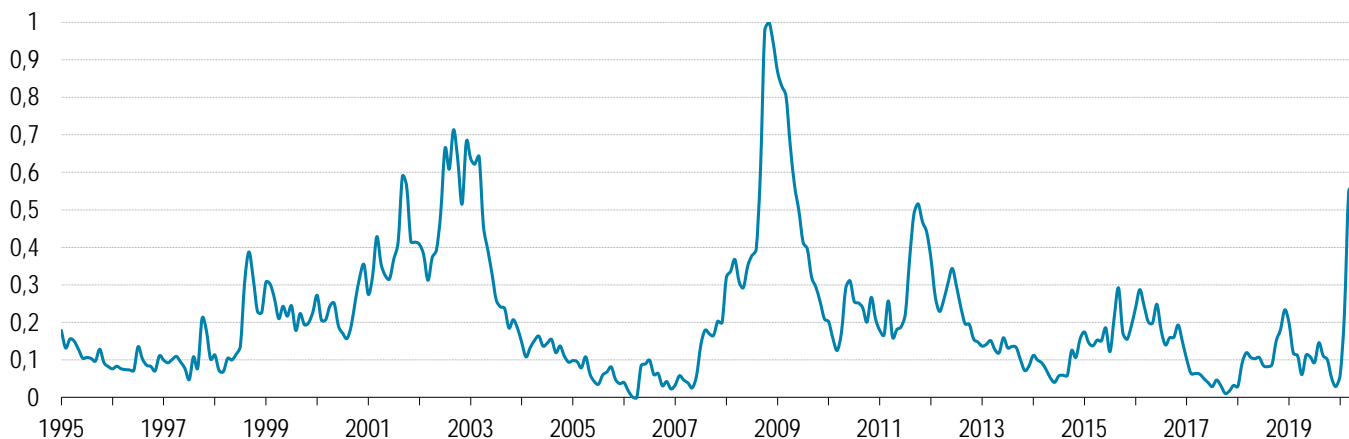
Eine interaktive detailliertere Ansicht finden Sie auf unserer Homepage:
https://www.boeckler.de/pdf/imk-prgn_wip/AbbildungH/index.html

Quellen: Deutsche Bundesbank; Eurostat; Europäische Zentralbank; Federal Reserve; Macrobond.

Risikomaße

a) Finanzmarktstressindikator (reskaliert)

Januar 1995 - Mai 2020



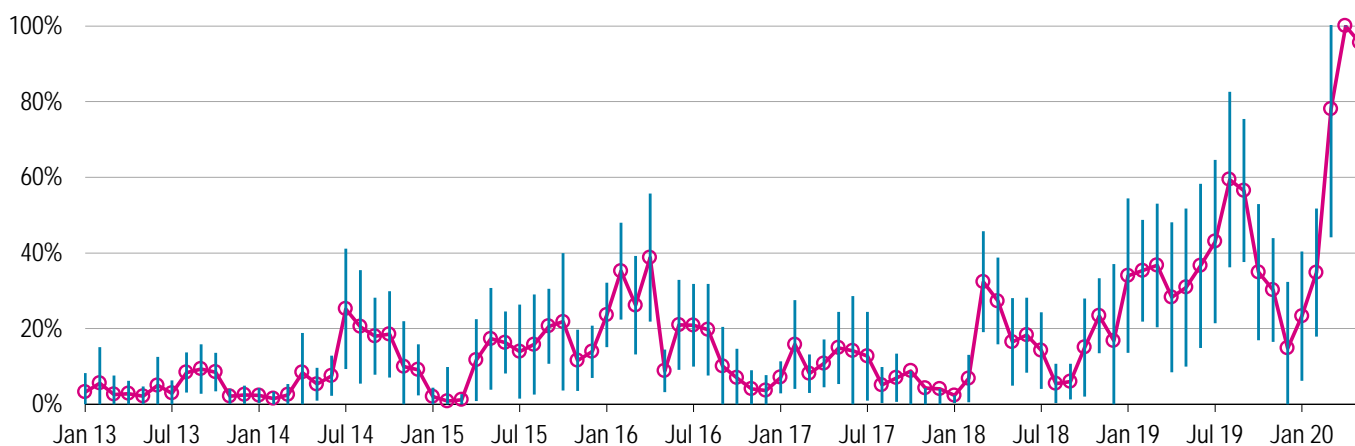
Unter rund 200 Finanzmarktdatenreihen wählt der IMK-Finanzmarktstressindikator anhand ihrer Korrelation zu historischen Finanzmarktkrisen 20 Repräsentative aus. Basierend auf diesen hauptsächlich nicht stationären Zeitreihen bestimmt sich mittels statischer Faktoranalyse derjenige Faktor (Hauptkomponente), der den Großteil der Schwankungen der Zeitreihen beschreibt, nachdem diese zentriert wurden. Hochpunkte dieses Faktors kennzeichnen Finanzmarkturbulenzen, wobei die Skalierung für das Unsicherheitsmaß so gewählt wird, dass die Finanzmarktkrise von 2007/08 100%igen Finanzmarktstress kennzeichnet.

Die zu Grunde liegende Informationsmatrix des IMK-Finanzmarktstressindikators umfasst Daten zum Kreditwachstum, zur Volatilität von Aktien- und Rohstoffpreisen, Raten von Kreditausfallversicherungen sowie EZB-spezifische Daten wie Einlagen- und Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie TARGET-Salden.

Quellen: Macrobond; Berechnungen des IMK.

b) Rezessionswahrscheinlichkeit mit Streuung

Januar 2013 - Mai 2020



In den IMK-Konjunkturindikator (Abbildung G) fließen zahlreiche Daten aus der Real- und der Finanzwirtschaft ein. Darüber hinaus berücksichtigt das Instrument Stimmungsindikatoren. Das IMK nutzt dabei die Industrieproduktion als Referenzwert für eine Rezession, weil diese rascher auf einen Nachfrageeinbruch reagiert als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Streuung der für die Gesamtprognose relevanten Einzelgleichungen beschreibt die prognostische Unsicherheit.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in nächster Zeit in eine Rezession gerät, ist bereits vor den März-Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus wie Schul- und Grenzschließungen spürbar gewachsen. Der IMK-Konjunkturindikator signalisiert aktuell, dass die deutsche Wirtschaft trotz der Beendigung des Corona-Lockdowns vorerst in der Rezession verharrt.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IMK.

LITERATUR

Anderson, J. / Bergamini, E. / Brekelmans, S. / Cameron, A. / Darvas, Z. / Domínguez Jiménez, M. / Midões, C. (2020): The fiscal response to the economic fallout from the coronavirus, Bruegel Datasets, <https://www.bruegel.org/publications/datasets/covid-national-dataset/>

Bach, S. / Bär, H. / Bohnenberger, K. / Dullien, S. / Kemfert, C. / Rehm, M. / Rietzler, K. / Runkel, M. / Schmalz, S. / Tober, S. / Truger, A. (2020): Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. IMK Study Nr. 68. Mai.

Bundesministerium der Finanzen, BMF (2020): Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken. Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Deutsche Bundesbank (2020): Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2020 bis 2022. In: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juni.

Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Paetz, C. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2020): Virus-Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession. Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021. IMK Report Nr. 157, April.

Europäische Kommission (2020): Die Stunde Europas: Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, COM(2020) 456 final.

Eurostat (2020a): newsrelease euroindicators – March 2020: Euro area unemployment at 7.4 %, 75/2020.

Eurostat (2020b): newsrelease euroindicators – April 2020: Euro area unemployment at 7.3 %, 88/2020.

GDPNow (2020): „Evolution of Atlanta Fed GDPNow real GDP estimate for 2020Q2“, <https://www.frbatlanta.org/cqer/research/gdpnow>

Herzog-Stein, A. / Nüß, P. / Stein, U. / Albu, N. (2020): Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung: Ein gespaltenes Jahrzehnt geht zu Ende - enorme Herausforderungen warten. IMK-Report Nr. 158, Düsseldorf.

ILO (2011): “A review of global fiscal stimulus”, European Commission-International Institute for Labour Studies EC-IILS joint discussion paper series no. 5.

IMF (2020): Policy Tracker, <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19>



Alle Links wurden zuletzt am 25.06.2020 geprüft



IMK KONJUNKTURAMPEL

Frühwarnsystem zur Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate, basierend auf Monatsdaten

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturampel-15362.htm>



IMK KONJUNKTURSPIEGEL

Illustrative Online-Darstellung aller Indikator-Grafiken.

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturspiegel-15363.htm>



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs.

<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>



SOCIAL MEDIA

Folgen Sie uns auf Twitter: <https://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook: www.facebook.com/IMKInstitut

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-31 2

imk-report@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

Peter Hohlfeld, peter-hohlfeld@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 160 (abgeschlossen am 26.06.2020)

Redaktionsleitung: Peter Hohlfeld
Satz: Pia Korn

ISSN 1861-3683



„Wirtschaftspolitische Reaktion mildert Corona-Einbruch: Verhaltene Erholung in Sicht“ von Sebastian Dullien et al. ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.